

Holzarbeiter-Zeitung

Nr. 26
35. Jahrgang

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Berlin,
25. Juni 1927

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. / Der Bezugspreis beträgt monatlich 50 Pfennig. In beziehen durch sämtliche Postämter. Die Mitglieder des Verbandes erhalten die Zeitung unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Aulter, Berlin
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Rasthofen Platz 2
Telefon: Moritzplatz 147 19, 147 20

Der Preis der Inserate beträgt für die sechsstelligen Nonparelles oder deren Raum 1,50 Mark. / Für Arbeitervermittlungen 75 Pfennig. / Für Verbandsanzeigen 50 Pfennig für die Zeile.

Der Verbandstag in Frankfurt

Das alte Frankfurt empfing die Delegierten, die zum 15. Verbandstag des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes eintrafen, im Festkleide. Die Fahnen und Girlanden, mit denen sich die Stadt geschmückt hatte, galten zwar nicht den Vertretern der deutschen Holzarbeiter, sondern der Eröffnung der Ausstellung „Musik im Leben der Völker“, die zahlreiche illustre Gäste des In- und Auslandes herbeigeführt hatte; es stand aber unseren Delegierten frei, den Festschmuck der Stadt auf sich zu beziehen. Und die Befriedigung war um so größer, als man feststellen konnte, daß unter den Flaggen das republikanische Schwarzrotgold vorherrschte, während das nationalistische Schwarzweißrot nur ganz vereinzelt zu entdecken war.

Der Himmel freilich machte bei der Eröffnung des Verbandstages ein recht trübes Gesicht, und der anhaltende Regen verwischte sehr bald die schönen weißen Striche auf den Straßen, mittels derer die Frankfurter Polizei mit dem lieben Publikum zum Vergnügen der Einheimischen und der Fremden das vorschriftsmäßige Überschreiten des Fahrdammes übt. Je weiter aber der Verbandstag mit seinen Arbeiten fortschritt, desto heiterer wurde der Himmel, und schließlich meinte es die Sonne so gut, daß am Freitag nachmittag der Professor Dr. Sinzheimer seinen Vortrag vor einem Auditorium in Hembärmeln hielt.

Wenn man von den Neugierlichkeiten, dem Drum und Dran des Verbandstages spricht, dann darf die Tatsache nicht unerwähnt bleiben, daß auch die Stadtverwaltung unserem Verbandstag offiziell ihre Reverenz erwies. Nicht nur, daß am Eröffnungabend der Stadtrat Schlotter dem Verbandstag den Gruß des Magistrats entbot. Der Verbandstag erfuhr auch eine besondere Ehrung dadurch, daß sein Beirat in den historischen Festräumen des Römer von einer Vertretung der Stadtverwaltung unter Führung des Bürgermeisters Gräf empfangen und bewirtet wurde. Das ist eine Neugierlichkeit, aber sie hat symptomatische Bedeutung. Es war das erstemal, daß unser Verbandstag von der Verwaltung der Stadt, in der er tagte, offiziell empfangen wurde, ein Zeichen des wachsenden Ansehens, dessen sich unsere Organisation erfreut.

Aber auch die Arbeit des Verbandstages selbst brachte Neuerungen. Es war das erstemal, daß auf einem unserer Verbandstage außerhalb des Verbandes stehende Männer Referate hielten. Auch früher, wo wichtige Fragen der Sozial- und Wirtschaftspolitik im Anschluß an Vorträge erörtert wurden, die von Mitgliedern unseres Verbandes gehalten wurden, standen unsere Verbandstage auf nicht alltäglicher geistiger Höhe. Aber zweifellos bedeutete es eine Steigerung dieses geistigen Niveaus, daß diesmal Gelehrte von Ruf der Einladung entsprochen hatten und den Delegierten Vorträge über wichtige Fragen hielten.

Der Leiter der Akademie der Arbeit, Prof. Dr. Nölting, sprach über die Lohnfrage im Lichte der neuen Wirtschaftsentwicklung. Prof. Nölting ist ein glänzender Redner. Er zeigte seinen Zuhörern Perspektiven, die für viele Delegierte neu waren. Trotz der Klarheit, mit der er seine Gedankengänge entwickelte, werden nicht alle Delegierten seinen theoretischen Untersuchungen mit vollem Verständnis gefolgt sein. Aber was er ausführte, hat nicht nur Augenblickswert. Der Verbandstag hat beschlossen, diese Rede sowie auch die von Prof. Dr. Sinzheimer durch Sonderdruck zu veröffentlichen.

Ein anderes Wissensgebiet, das aber mit dem eben erwähnten doch innerlich verwandt ist, behandelte Professor Dr. Sinzheimer in seinem Vortrage über das Arbeitsrecht und die Arbeiterbewegung. Er zeigte in seinen Darlegungen, wie die wachsende Arbeiterbewegung einen deutlich wahrnehmbaren Einfluß auf die Gestaltung des Rechts ausübt. Ohne die starke Wirkung zu verkennen, die von dem gesprochenen Wort ausgeht, darf doch gesagt werden, daß das aufmerksame Studium der beiden Vorträge, welches die in Bälde erscheinende Broschüre ermöglichen wird, zur Ver-

tieferung der Erkenntnis der in Frage kommenden Probleme wesentlich beitragen dürfte.

Der Verbandstag hat sich nicht nur auf den lichten Höhen der Wissenschaft bewegt, sondern auch innere Verbandsangelegenheiten erörtert. Es wurde über Fragen gestritten, die dem Fernstehenden klein und unwichtig erscheinen mögen, denen aber trotzdem eine nicht zu unterschätzende Bedeutung innewohnt. Die inneren Verbandsrichtungen sind unser Mittelzeug, von dessen zweckentsprechender Ausgestaltung die Schlagfertigkeit des Verbandes abhängt. Gegen die Umänderung des Beitragswesens sind ernst zu wertende Einwendungen erhoben worden, aber schließlich wurde mit großer Mehrheit den Anträgen zugestimmt, die das Ergebnis aus der Arbeit des beim AOB. eingesetzten Ausschusses ziehen, dessen Aufgabe es ist, für eine Vereinheitlichung der inneren Einrichtungen der Verbände zu wirken.

Der Verbandstag hat dem Vorstand sein Vertrauen votiert. Nicht nur durch die fast einstimmig erfolgte Wiederwahl der Vorstandsmitglieder, sondern mehr noch durch die beim Vorstandsbericht gepflogene Aussprache. Es ist bei uns nicht so, daß die Verbandsleitung eine reiflose Bewunderung ihrer Taten erwartet. Wenn auch da und dort von einzelnen Delegierten in einzelnen Punkten Kritik geübt wurde, so sind sich doch auch diese Kritiker darüber einig, daß wir uns einer Verbandsleitung erfreuen, die ihrer nicht leichten Aufgabe in vollstem Maße gewachsen ist.

Man darf sich bei der Beurteilung des Verlaufs des Verbandstages durch das Auftreten der kommunistischen Opposition nicht irremachen lassen. Diese „prinzipielle“ Opposition, die unter der Leitung des preußischen Landtagsabgeordneten Pieck operierte, befand sich auf dem Verbandstage in einer hoffnungslosen Minderheit. Ihre Mitglieder haben viel geredet, und Kollege Pieck selbst war unermüdblich in der Einbringung wohlvorbereiteter Resolutionen. Das Auftreten dieser kommunistischen Opposition ist sachlich bedeutungslos. Es hat dem Verbandstage Zeit gekostet, die besser für andere Zwecke verwendet worden wäre.

So kam es, daß schließlich die Beratung der Anträge in ziemlich eiligem Tempo vorankam. Groß war dieses Unglück nicht, denn die sämtlichen Anträge sind vorher von der Vorberatungskommission gründlich durchberaten worden. Der Umstand, daß der Verbandstag auch in den Fällen, wo der Abstimmung eine längere Diskussion vorausging, fast durchgängig den Vorschlägen der Kommission folgte, ist ein Beweis für die Güte ihrer Arbeit.

Als einen kleinen Regiefehler kann man es bezeichnen, daß das nicht unwichtige Thema Unfallverhütung und Gesundheitschutz erst kurz vor Schluß des Verbandstages zur Beratung gestellt wurde. Als besonderer Punkt der Tagesordnung war dieser Gegenstand nicht vorgesehen, aber eine Reihe von Anträgen zu diesem Thema veranlaßte die Vorberatungskommission, den Kollegen Kayser zu beauftragen, eine zusammenfassende Entschliebung zu begründen. Angesichts der Geschäftslage mußte diese Begründung kurz sein, und auf eine Aussprache wurde völlig verzichtet. Was hier versäumt wurde, wird voraussichtlich auf der demnächst stattfindenden Reichskonferenz der Maschinenarbeiter und Säger nachgeholt werden.

Wirft man rücksehend einen Blick auf die Arbeit des Verbandstages, dann kann man mit dem Ergebnis zufrieden sein. Von besonderer Bedeutung ist die Tatsache, daß unser Verbandstag als erster die Beschlüsse des AOB. zur Vereinheitlichung der Einrichtungen der Verbände ratifiziert hat. Die Einführung einer Invalidenunterstützung ist ihrer Verwirklichung einen Schritt nähergebracht; die endgültige Entscheidung werden die Mitglieder selbst fällen. Auch im übrigen sind die Beschlüsse so, daß man sagen kann: In Frankfurt wurde gute Arbeit geleistet!

Verhandlungsbericht.

Die Eröffnung des Verbandstages.
Sonntag, 12. Juni.

Im Rahmen einer festlichen Veranstaltung wurde der Verbandstag in der üblichen Weise eröffnet. Nach einer Begrüßungsansprache des Kollegen Lornow (Frankfurt a. M.) hielt Lornow die Eröffnungsrede. Er begrüßte die ausländischen Gäste und mit besonderer Wärme den Vorsitzenden des AOB., unsern langjährigen Vorstandsvorsitzenden Kollegen Leipart. Stadtrat Schlotter überbrachte dem Verbandstag den Gruß der Frankfurter Stadtverwaltung, Kollege Niesbach sprach im Namen des Ortsausschusses des AOB. und schließlich, von lautem Beifall begrüßt, Kollege Leipart. Nach der Wahl des provisorischen Bureaus erfolgte die weitere Abwicklung des Festprogramms.

Erster Verhandlungstag.
Montag, 13. Juni.

Als Vertreter ausländischer Bruderverbände sind anwesend: C. Woudenberg (Amsterdam), Sekretär der Internationalen Union der Holzarbeiter; Truesen (Hadersleben) vom Dänischen Tischler-Verband; Jensen (Kopenhagen) vom Dänischen Sägerei- und Maschinenarbeiter-Verband; Groß (Wien) vom Österreichischen Holzarbeiter-Verband; Karlen (Stockholm) vom Schwedischen Holzarbeiter-Verband; Svenson (Göde) vom Schwedischen Sägereiarbeiter-Verband; Vinde (Stockholm) vom Schwedischen Bauholzarbeiter-Verband; Reichmann (Zürich) vom Schweizerischen Bau- und Holzarbeiter-Verband; Eberhardt (Reichenberg) vom Deutschen Holzarbeiter-Verband in der Tschechoslowakei und Smejkal (Prag) von der Union der Holzarbeiter in der tschechoslowakischen Republik.

Das gestern gewählte Bureau wird bestätigt und setzt sich aus folgenden Kollegen zusammen: Vorsitzende: Lornow und Lornau; Schriftführer: Freising (Berlin), Böbelin (Albernau), Winter (Frankenhäusen), Gerken (Oldenburg), Schneidenburger (Kaiserslautern), Ruch (Ulm). Mandatsprüfungskommission: Dierig (Waldburg), Raumann (Altingenthal), Conrad (Wessau), Lönies (Bergedorf), Fischer (Rosenheim), Blon (Neutlingen); Beschwerdekommision: Spill (Danzig), Boddell (Breslau), Mödel (Gera), Heller (Gotha), Köhler (Hannover), Raden (Heilbronn), Groß (Augsburg).

Bei der Beschlussfassung über die Geschäftsordnung wird ein Antrag der „Opposition“, ihr eine verlängerte Redezeit einzuräumen, abgelehnt. Abgelehnt wird auch ein Antrag, der als besonderer Punkt auf die Tagesordnung einen Vortrag setzen will über die Aufgaben der Gewerkschaften zur Verhinderung eines Weltkrieges und zur Sicherung von Sowjetrußland.



Woudenberg

Woudenberg (Amsterdam) begrüßt den Verbandstag im Namen der Internationalen Union der Holzarbeiter und zugleich im Namen der skandinavischen Gäste. Groß (Wien) spricht namens des österreichischen Verbandes und zugleich für die Vertreter der beiden Verbände in der Tschechoslowakei. Reichmann (Zürich) überbringt die Grüße der schweizerischen Kollegen.

Lornow dankt den ausländischen Kollegen für ihre Wünsche und gibt Kenntnis von dem Eingang schriftlicher Begrüßungen von einer Reihe ausländischer Organisationen. Den englischen Kollegen spricht der Verbandstag in einer Entschliebung die Sympathie zu ihrem Kampf gegen die Unterdrückungsmaßnahmen der englischen Regierung aus. Es folgt der

Bericht des Vorstandes.

Lornow beginnt seinen Bericht mit einem Nachruf für die seit dem letzten Verbandstag verstorbenen Kollegen. Er verweist dann auf die langwierige Krise und ihre Auswirkungen auf den Verband und seine Mitglieder. Es lag nahe, bei Beginn der Krise zu beschließen, die sozialen Unterstützungen einzustellen, um die Mittel für erforderliche



W. Dammert

W. Schneegoh

G. Winter

H. Sornow

A. Gerlen

E. Schmann

Vorstandsstich und Bureau des Verbandstages in Frankfurt am Main am 15. Juni 1927.

Kämpfe bereit zu halten. In der kommunistischen Presse ist es scharf gerügt worden, daß ein solcher Beschluß vom Vorstand nicht gefaßt wurde. Der Verbandsvorstand hat seine Stellungnahme sehr sorgsam erwogen. Für die Entscheidung waren maßgebend die ungünstigen Erfahrungen, die wir in der Inflationszeit mit der Aufhebung der sozialen Unterstüßungen gemacht haben. Aber selbst wenn wir das Geld für Kampfeswecke referiert hätten, so hätte uns das auch nicht viel geholfen, denn außer dem Gelde gehören zum Führen von Kämpfen noch andere Voraussetzungen, die während einer Wirtschaftskrise von einem solchen Umfange nicht vorhanden sind. In vielen Fällen hätten wir den Unternehmern geradezu einen Gefallen getan, wenn wir zum Streit geschritten wären. Sehr schmerzlich ist der in der Krise eingetretene Mitgliederverlust. Erfreulich ist in den letzten Monaten eine deutlich sichtbare Aufwärtsbewegung zu verzeichnen. Von Februar bis Mai haben wir wieder rund 9000 Mitglieder gewonnen. Nach den Ergebnissen der Betriebszählung haben wir aber vom Juni 1925 noch ein sehr großes Agitationsfeld. Die uns noch fernstehenden Holzarbeiter und Holzarbeiterinnen für den Verband zu gewinnen, ist die Aufgabe der nächsten Zeit. Die Agitationsausichten sind jetzt wieder günstig. Die wirksamste Agitationsmethode ist die von Mund zu Mund. Im Betrieb, im Lokal, auf der Straße, überall, wo ein uns noch fernstehender Holzarbeiter angetroffen wird, muß versucht werden, ihn für den Verband zu gewinnen. Diese Agitationsarbeit ist Pflicht aller Mitglieder.

Der Vorstand hat auf dem Gebiete des Bildungswesens nicht alle Wünsche befriedigen können. Die Anregung, eigene Schulen zu errichten, hat er abgelehnt; das ist eine Aufgabe des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Dieser plant jetzt auch die Errichtung einer Gewerkschaftsschule. Dann wird es möglich sein, alljährlich eine größere Zahl bildungshungriger und bildungsfähiger Kollegen und Kolleginnen zu Funktionären heranzubilden.

Erfreulich ist die günstige Entwicklung der Jugendbewegung. Aber auch hier läßt sich noch viel tun. Großen Anklang finden die Filmveranstaltungen, sowohl bei der Agitation wie auch bei der Bildungsarbeit.

Zum Vorstandsbericht liegen nur zwei Anträge vor, die sich gegen die Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern in jeder Form wenden. Den Antragstellern ist bekannt, daß die Organisation der Arbeitsgemeinschaft nicht mehr besteht, sie bejürchten aber, daß der „arbeitsgemeinschaftliche Geist“ doch noch vorhanden sein könnte. Dieses Mißtrauen ist nicht ganz unberechtigt; denn der Begriff „arbeitsgemeinschaftlicher Geist“ ist so unbestimmt, daß niemand davor sicher ist, einen Teil von diesem Geiste zu besitzen. Man kann sich den politischen und wirtschaftlichen Befreiungskampf der Arbeiter zu vorstellen, daß die Arbeiterklasse ihr vollständig abgeschlossenes Eigenleben führt und sich der anderen Klasse nur durch Aufstellung von Forderungen, Annahme von Resolutionen und durch Veranstaltung von Straßendemonstrationen bemerkbar macht, im übrigen aber jede Art der Verhandlung mit den Unternehmern ablehnt. In den Anfängen der Arbeiterbewegung hielt man diesen Zustand für eine Notwendigkeit, für den einzigen richtigen Klassenkampf.

Der Kapitalistenklasse ist diese Selbstisolierung der Arbeiter sehr willkommen. Die Arbeiterklasse hat das erkannt, und sie kämpft heute um die Mitwirkung in Staat und Gesellschaft. Die Arbeiter sind eingedrungen in die Privilegien der herrschenden Schichten auf politischem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiete. Allerdings geht dieser Einfluß auf keinem Gebiete so weit, daß wir allein herrschen könnten. Wir müssen uns in der Machtausübung überall noch teilen mit der anderen Klasse, den Unternehmern. Die Arbeiterbewegung müssen sich, wo sie Einfluß ausüben wollen, mit den Vertretern der anderen Klasse an einen Tisch setzen. Das ist die „Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern“. Die Beteiligung am politischen Parlament war im Sinne der Jugendwächter der ganz unbedingten Klassenreinheit der ersten Sündenfall. Der Arbeitsgemeinschaft in den Parlamenten folgte die Zusammenarbeit in der sozialen Versicherung und in der Gerichte für Arbeitsstreitigkeiten. Diesen Arbeitsgemeinschaften folgte die wirtschaftliche Arbeitsgemeinschaft auf einem Gebiete, wo die Klassengegensätze am schärfsten und am wenigsten überbrückbar erscheinen, nämlich auf dem Gebiete der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. An Stelle des dauernden offenen Kampfes sind wir zur Arbeitsgemeinschaft gekommen. Hier ist der Tod der Arbeitsgemeinschaft in Realform ausgebildet. Eine andere Form der Arbeitsgemeinschaft sind der Reichswirtschaftsrat und der Wirtschaftsausschuß. In allen diesen „Arbeitsgemeinschaften mit den Unternehmern“ haben auch zahlreiche kommunistische Vertreter. Wir befinden uns also schon sehr tief im „Geiste der arbeitsgemeinschaftlichen Tätigkeit“.

Selbst wir unsere Arbeit hier einstellen, dann müssen wir uns unserer Macht viel weitgeben. Unser Verband mußten wir dann aus einem Instrument des praktischen Klassenkampfes umgestalten zu einem Demonstrationswerkzeug für den theoretischen Klassenkampf. Der Verbandstag wird es nicht wollen und die Mitglieder draußen im Lande erst

recht nicht. Die Gewerkschaften haben praktische Arbeit zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse und der allgemeinen Lebenslage der Arbeiterschaft zu leisten. Dafür haben wir den Kampf zu führen, und zwar in jeder Form und mit allen Methoden, die uns zur Verfügung stehen. Der Verhandlungstisch ist ein ebenso wichtiger Kampfboden wie die Streikversammlung. Wir haben uns ja auch schon längst angewöhnt, unsere Tarifbewegungen, auch wenn keine Stunde Streit damit verbunden ist, ebensogut als Kampf zu bezeichnen wie den Streik, und das mit vollem Recht. Nach meiner Überzeugung gibt es kein Gebiet unserer Klassen-



Sornow

forderungen, wo wir es ablehnen müßten, den Unternehmern am Verhandlungstisch unsere Forderungen zu begründen. Ob wir es im gegebenen Falle tun, hängt ab von unserer Macht und der Bedeutung des Partners. Unsere Stellung zur sogenannten Arbeitsgemeinschaftsfrage ist also eine taktische und keine grundsätzliche. Unser Bestreben ist darauf gerichtet, mehr Einfluß im Staat, im Gesellschaftsleben und in der Wirtschaft zu gewinnen. Aber wie lächerlich wäre es, wenn wir nur immer mehr Einfluß fordern, aber es ablehnen wollten, den Einfluß da wahrzunehmen, wo wir ihn wahrnehmen können. Der Verbandstag wird daher, hoffe ich, den Vorstand nicht verpflichten, die von der Opposition geforderte lächerliche und leere Demonstrationspolitik zu machen.

Unsere Verbandsarbeit in den letzten zwei Jahren galt mehr dem Abwehrkampf als dem Angriff. Der Verband hat in dieser Zeit den Mitgliedern nach Kräften geholfen, das wird ihm jetzt, wo die Geschäftslage besser wird, mit noch größerem Erfolg möglich sein. Trotz mancher Rückschläge sehen wir zuversichtlich in die Zukunft. (Lebhafter Beifall.)

Nachmittagsitzung.

Den Kassenbericht erstattet der Hauptkassierer

Schmann: Der Kassenbericht, den ich heute zu erstatten habe, ist der ungünstigste, den wir je einem Verbandstag vorgelegt haben. Wir waren wegen der starken Anforderungen genötigt, Kredite aufzunehmen, wobei wir bei der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten großes Entgegenkommen fanden. Redner gibt dann einige Erläuterungen zu den bereits veröffentlichten Abrechnungen für die letzten beiden Jahre. In dieser Zeit hat die Verbandskasse 84,5 Prozent der ihr zugeflossenen Beiträge für Unterstüßungen der Mitglieder aufgewandt. Die Abrechnung für 1926 schließt ab mit einem Bestand von 1,3 Millionen Mark. Die ersten fünf Monate des neuen Jahres lassen eine Besserung der Finanzlage erkennen. Der Bestand ist bereits auf 2 Millionen Mark angewachsen. Den Bericht des Verbandsausschusses

erstattet Haug (Stuttgart), der den gedruckt vorliegenden Bericht ergänzt. Es folgt der Bericht der Redaktion der „Holzarbeiter-Zeitung“.

Kayser: Mit Beginn des Jahres 1927 ist es uns gelungen, den Umfang der „Holzarbeiter-Zeitung“ zu erweitern. Dadurch war die Möglichkeit gegeben, das Blatt auch inhaltlich auszugestalten. Die verschiedenartigen Fragen, welche die Holzindustrie betreffen, werden in der „Holzarbeiter-Zeitung“ verfolgt. Das gilt im besonderen Maße von den Fragen der Wirtschaft. Aber auch wichtige Wirtschaftsfragen und vornehmlich die Probleme der Sozialpolitik und der Gewerkschaftsbewegung finden die gebührende Beachtung. Dabei wird nie außer Betracht gelassen, daß die „Holzarbeiter-Zeitung“ ein Kampforgan der Holzarbeiter, des deutschen und des internationalen Proletariats ist. Wir legen Wert darauf, die Aufsätze in der „Holzarbeiter-Zeitung“ so zu halten, daß sie auch den weniger geschulten Kollegen und Kolleginnen verständlich sind. Der neu eingerichtete Unterhaltungsteil soll auch die Frauen der Mitglieder ver-

anlassen, die „Holzarbeiter-Zeitung“ zu lesen. Auch ohne ein starkes Anschlagens der agitatorischen Note an dieser Stelle wirkt der Unterhaltungsteil agitatorisch. Er führt dazu, daß auch der übrige Teil des Blattes gelesen und die Leser so mit den Aufgaben und Zielen des Verbandes vertraut gemacht werden. Nach den vorliegenden Berichten erfüllt die neue Einrichtung ihren Zweck. Die „Holzarbeiter-Zeitung“ würde inhaltlich gewinnen, wenn die Ortsverwaltungen über wichtige Vorkommnisse in ihrem Gebiet berichten würden. Allerdings soll man nicht über Dinge berichten, die ausschließlich die Kollegen am Ort interessieren. Die Anträge, die sich gegen die Schreibweise der Redaktion wenden, stammen aus der Zentrale der kommunistischen Partei. Das gericht weder den Antragstellern noch ihren Hintermännern zur Ehre. Die „Holzarbeiter-Zeitung“ vertritt die Politik der im A.D.G.B. vereinigten Gewerkschaften. Da die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, die die Gewerkschaftsforderungen an die Gesetzgebung rücksichtslos vertritt, liegt es im Interesse der Arbeiter, wenn wir bei Wahlen für die Sozialdemokraten eintreten. Mit der kommunistischen Partei beschäftigen wir uns nur selten, obwohl die Gewerkschaften und ihre Führer in der kommunistischen Presse fortgesetzt angegriffen und verleumdet werden. Die Kommunisten wollen die Gewerkschaften zu einem Werkzeug ihrer arbeiterschädlichen Politik machen. Es ist daher begreiflich, daß ihnen die Haltung der „Holzarbeiter-Zeitung“ nicht gefällt. Eine Änderung wird sich in dieser Hinsicht nicht einstellen. Im übrigen bemüht sich die Redaktion, die „Holzarbeiter-Zeitung“ weiter auszubauen. Sie kann nicht alle Wünsche erfüllen, aber sie tut alles, was möglich ist und im Interesse des Verbandes liegt. (Lebhafter Beifall.)

In der nun beginnenden Aussprache erhält das Wort Pied (Berlin): Die Gewerkschaften waren den Mitgliedern in der Wirtschaftskrise nicht das, was sie sein müßten. Ihr Versagen ist die Folge der Arbeitsgemeinschaftspolitik der Führer. Der Vorstand hat den Verband immer mehr zu einer Unterstüßungsorganisation ausgebaut anstatt zu einer Kampforganisation. Diese Politik wird immer mehr zu einem Verhängnis für den Verband. Karl Marx hat uns den Weg gezeigt, der gegangen werden muß, um die kapitalistische Wirtschaft zu überwinden. Die Unternehmern führen den Klassenkampf weit schärfer als die Gewerkschaften. In der „Wirtschaftsdemokratie“ erblicken die Gewerkschaften neuerdings einen Weg zur Macht, das ist eine große und gefährliche Illusion. Die Gewerkschaftsbewegung marschiert damit in Reih' und Glied mit den professoralen Klopfflechern der Kapitalisten. Wir brauchen den schärfsten Klassenkampf!

Somieski (Halle): Bei uns ist eine Zersplitterung eingetreten, weil die gewählte Ortsverwaltung wegen Verweigerung der Unterschrift unter einen vom Vorstand vorgelegten Reders ausgeschlossen worden ist. Unsere Mitglieder haben einstimmig die Wiederaufnahme gefordert, der Vorstand hat diesem Verlangen nicht entsprochen. Es ist unrecht, die russischen Holzarbeiter von der Internationale der Holzarbeiter fernzuhalten. Alle Mitglieder, die nicht wegen ehrloser Handlungen ausgeschlossen wurden, müssen wieder aufgenommen werden.

Riefert (Berlin): Auf dem Verbandstag hätte ein Referat über die Jugendbewegung gehalten werden müssen angesichts der Bedeutung der Jugendarbeit für unsere Organisation. Dem Reichsausschuß der Jugendorganisationen sollte unsere Jugendbewegung ferngehalten werden.

Vinderau (Hamburg): Die Betriebsräte sind Vertrauensmänner des Verbandes, aber sie haben auch gesetzliche Funktionen und wir müssen viel mehr tun, sie über ihre gesetzlichen Befugnisse aufzuklären. Zweckmäßig ist es, die Ausbildung der Betriebsräte für alle Gewerkschaften gemeinsam zu betreiben.

Rnapp (Berlin): Es trifft doch wohl nicht zu, daß das Interesse der Mitglieder für die „Holzarbeiter-Zeitung“ im Wachsen begriffen ist. (Widerspruch.) Die „Holzarbeiter-Zeitung“ wird nur im sozialdemokratischen Sinne redigiert. Dadurch verlieren die auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Mitglieder das Interesse an der Zeitung.

Köhler (Hannover): Für Pieds Ansicht, daß es Arbeiterverrat sei, wenn der Verband in der Krise sein Geld für Unterstüßungen verwendet hat, habe ich kein Verständnis. Gerade die Aufrechterhaltung der Arbeitslosenunterstüßung hat sich als äußerst wertvoll erwiesen. Dem Arbeitsnachweis muß fürerst vollstes Interesse entgegengebracht werden. Meine persönlichen Erfahrungen beweisen, daß die Jugendlichen dem erwachsenen Führer viel mehr Vertrauen entgegenbringen als den Kollegen ihres Alters.

Schlüter (Bremen): Pied hat mit seinen Ausführungen bewiesen, daß er der Gewerkschaftsarbeit entfremdet ist. (Sehr richtig.) Er verwechselt die kommunistische Partei mit der Gewerkschaftsbewegung, wenn er es dieser als besonderen Mangel anrechnet, daß sie gerade in der Krise

Mitglieder verloren hat. Das Elend der Arbeiterklasse ist der Nährboden der kommunistischen Partei. Besonders ist es, daß der Verbandstascheverberichten konnte, daß das Verbandsvermögen wieder im Wachsen ist. Ausdrücklich müssen wir anerkennen, daß der Verband die Arbeitslosenunterstützung durchgehalten hat, das hat uns die Mitglieder erhalten. Die „Holzarbeiter-Zeitung“ in der neuen Aufmachung entspricht den Wünschen der Mitglieder. (Lebhafte Beifall.)

Niebler (Dresden): Wir müssen uns wieder angewöhnen, auf die Erhaltung der Mitglieder den größten Wert zu legen. Bei der Übersicht über unser Rekrutierungsgebiet müssen wir die Ergebnisse der Berufszählung mit Vorbehalt betrachten. Der Ausbildung der Betriebsräte wird durch die Ortsausschüsse große Aufmerksamkeit zugewendet. Zu begrüßen ist es, daß wir das Lichtbild immer mehr in den Dienst der Mitgliederwerbung stellen. Unser „Holzarbeiter-Jugendblatt“ ist ein Werbeblatt, das wir mit Nutzen nicht nur den Jugendlichen, sondern auch ihren Eltern in die Hand geben. Der „Betriebsrat“ sollte als besondere Beilage aufgegeben und dafür eine entsprechende Rubrik in der „Holzarbeiter-Zeitung“ eingerichtet werden. Die Einführung des Unterhaltungsbeilags in der „Holzarbeiter-Zeitung“ hat sich als sehr nützlich erwiesen.

Sill (Köln): Bedauert sich darüber, daß der Vorstand einem Antrag auf Ausschluß einiger Mitglieder, die nach einem Streik die Arbeit zu einem niedrigeren als dem Vertragslohn ausgenommen haben, nicht stattgegeben hat.

Stöver (Düsseldorf): Die Verbandsleitung hat in der schweren Zeit, die wir erlebt haben, ihr Möglichstes getan, den Verband intakt zu erhalten. Die Opposition hat recht, daß die Gewerkschaftsbewegung von Idealen getragen werden muß. Darauf hat aber gerade Larnow in seinem Geschäftsbericht sehr deutlich hingewiesen. Die Praxis der in der Gewerkschaftsbewegung tätigen Mitglieder der A.P.D. in Rheinland-Westfalen unterscheidet sich sehr wesentlich von den Gedankengängen, die hier von Pled entwickelt wurden. Mit Freude begrüßen wir den vom A.D.G. verfolgten Plan der Errichtung einer Gewerkschaftsschule. Die Beteiligung der Gewerkschaften und unseres Verbandes an der „Gefolci“ war ein Anfang auf einem Wege, den wir weiterverfolgen wollen.

Engel (Hamburg): Der Vorstand hat in der schweren Zeit den Verband in anerkennenswerter Weise geleitet. Wichtig wäre es aber gewesen, wenn er einen Extrabeitrag ausgeschreiben hätte, selbst auf die Gefahr hin, einige tausend Mitglieder zu verlieren. In vielen Bezirken haben wir trotz der großen Arbeitslosigkeit unsere Arbeitsbedingungen unverändert erhalten. Die hierbei angewandten Methoden waren richtiger als die Auffassung, daß wir unter allen Umständen den Streik führen müssen. Unseren Führern dürfen wir das Vertrauen entgegenbringen, daß wir sie, wenn es sonst angebracht erscheint, unbefangt auch in eine Arbeitsgemeinschaft gehen lassen können.

Larnow verliest eine von Pled eingebrachte sehr umfangreiche Entschliessung, die sich in den üblichen „oppositionellen“ Gedankengängen bewegt.

Naumann (Klingenthal) berichtet namens der Mandatsprüfungskommission. Von den 200 Delegierten kommen 104 aus Betriebsstellen unter und 96 aus solchen mit über 1000 Mitgliedern. Von den ersteren kommen 33 aus Orten mit 500 bis 1000 Mitgliedern, 31 aus Orten mit 250 bis 500, 28 aus Orten mit 100 bis 250 Mitgliedern und 12 aus Orten mit weniger als 100 Mitgliedern. — Alle Mandate werden für gültig erklärt.

**Zweiter Verhandlungstag.
Dienstag, 14. Juni.**

Die Aussprache über den Vorstandsbericht wird fortgesetzt.

Timm (Jugendsekretär): Die Jugendbewegung erfordert die größte Beachtung aller Ortsverwaltungen. Die Leitung muß in den Händen erfahrener Kollegen liegen. Der Jugend selbst bleibt dann noch immer ein großes Arbeitsfeld, besonders auf dem Gebiete der Agitation. Der Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände hat sich die Aufgabe gestellt, die Forderungen der Jugend nachdrücklich zu vertreten. Das geschieht in einer durchaus sachlichen Weise. Wir haben also keinen Anlaß, unsere Mitarbeit in dieser Organisation einzustellen. Die Jugendveranstaltungen müssen sich dem Verständnis der jungen Kollegen und Kolleginnen anpassen, dann haben sie auch den gewünschten Erfolg.

Böller (Dinkelsbühl): Die von der Opposition veranlaßte Aussprache dient nicht dem Ansehen des Verbandes und liegt nicht im Interesse der Mitglieder. Wir danken dem Vorstandsvorstand, daß er in der schweren Zeit der Wirtschaftskrise die Arbeitslosenunterstützung weitergezahlt hat. Das war eine große Tat. Die Listenabrechnung sollte allgemein abgeschafft werden. Die Unterhaltungsbeilage der „Holzarbeiter-Zeitung“ ist zu begrüßen, bei der Auswahl der Erzählungen sollte aber mit größter Vorsicht vorgegangen werden.

Winkler (Meiningen): Auch ich begrüße es, daß der Vorstandsvorstand mit der Arbeitslosenunterstützung durchgehalten hat. Pleds gegenteilige Ausführungen beweisen, wie fremd er den Verhältnissen und den Wünschen der Mitglieder gegenübersteht, oder aber er betreibt eine gewissenlose Demagogie. In dem Mitgliederrückgang trägt die kommunistische Verleumdung der Gewerkschaften ein groß Teil Schuld. Den Betriebsräten muß größere Beachtung geschenkt werden.

Berlin (Wismar): Pleds Lollhausrede schädigt das Ansehen des Verbandes. Die „Holzarbeiter-Zeitung“ ist für viele Kollegen die einzige Zeitung, die sie in die Hände bekommen. Sie muß daher noch mehr ausgebaut werden. Die Kommunisten haben den Verband und die ganze Gewerkschaftsbewegung schwer geschädigt. Sie sind die Schuldigen an dem Tiefstand der Bewegung in vielen Orten.

Klinger (Königsberg): Die Agitationsarbeit muß wieder mehr in den Betrieb verlegt werden. Früher war es Grundsatz: Mit Unorganisierten wird nicht zusammengearbeitet. So muß es auch wieder werden. Die Mitglieder sind dem Vorstandsvorstand dankbar für die Durchhaltung mit der Arbeitslosenunterstützung. Der Verband hat auch

in jeder anderen Hinsicht seine Pflicht getan. Mit der Vorstandspolitik bin ich nicht in allen Teilen einverstanden. Die Auseinandersetzungen müssen aber von dem Gedanken der Einigkeit zum Wohle des Verbandes getragen sein.

Der Vorsitzende **Tornau** gibt den Wortlaut einer Entschliessung von Kiefert (Berlin), die sich mit der Jugendbewegung beschäftigt, bekannt.

Neuhurger (Münsterberg): Der Branchenbewegung muß mehr Beachtung geschenkt werden. Die Betriebsräte haben auch in der Holzindustrie große Bedeutung. Deshalb muß für ihre Ausbildung mehr getan werden als bisher.

Ein Antrag auf Schluß der Aussprache wird mit großer Mehrheit angenommen. Es folgen die Schlusssätze.

Kayser: Die meisten Redner, die sich mit der „Holzarbeiter-Zeitung“ beschäftigt haben, haben sie gelobt. Die Auswahl des Stoffes für die Rubrik „Unterhaltung und Wissen“ ist kritisiert worden, aber wohl von unrichtigen Voraussetzungen ausgehend. Hier legen wir besonderen Wert darauf, die Frauen der Kollegen zum Lesen der „Holzarbeiter-Zeitung“ zu erziehen. Die größere Berücksichtigung von Betriebsrats- und besonders von Arbeiterrechtsfragen in der „Holzarbeiter-Zeitung“ unter Wegfall der besonderen Beilage haben wir bereits ernsthaft erwogen. Auf die Anstände einzugehen, die vom Standpunkt der kommunistischen Partei erhoben wurden, verzichte ich.

Larnow: Der Vorstandsvorstand gibt gern zu, daß er nicht alles getan hat, was die Kollegen von ihm wünschen; das ist aber nicht seine Schuld. Die meisten Redner haben das auch anerkannt. Die Opposition hat zwar viel geredet, aber nur, weil es ihre verdamnte Parteipflicht ist. Sie muß sich bemühen, die Gewerkschaftseinheit herunterzureißen, aber sie kann uns nicht sagen, wie es besser gemacht



Schleicher

werden kann. Bucharin hat einmal gesagt, es gibt zwei Sorten kommunistischer Gewerkschafter, die eine treibt sozialdemokratische Politik, und die andere begnügt sich damit, Wraffen zu dreschen. Die Ausführungen der Opposition zeigen, wie gut Bucharin seine deutschen Genossen kennt. Unser Verband hat auch in den letzten Jahren Erfolge erzielt, die sich sehen lassen können, trotz mancher Rückschläge. Pleds Kritik an der Arbeitslosenunterstützung ist unverständlich. Wie die Mitglieder darüber denken, zeigen die Reden der anderen Delegierten.

Nun noch einige Worte zur Frage der Arbeitsgemeinschaft. Pled ist mit meinen Ausführungen nicht einverstanden. Wir sehen in der Gewerkschaftsarbeit die einzig erfolgreiche Klassenkampfarbeit. Die Opposition dagegen ist der Meinung, oder sie tut wenigstens so, als wenn sie noch der Meinung wäre, daß es gelingen könnte, mit einem Schläge die kapitalistische Wirtschaft zu beseitigen und die sozialistische Wirtschaft herzustellen. Pled machte mir zum Vorwurf, daß ich an anderer Stelle gesagt hätte, der Arbeiterklasse seien die alten Ideale geplatzt, man müsse jetzt neue Ideale aufbauen. Ja, das habe ich gesagt, und ich stehe noch heute dazu. Es ist so, daß in unserer sozialistischen Arbeiterklasse, in der Arbeiterbewegung Ideale geplatzt sind, nämlich der blinde Glaube daran, daß die kapitalistische Wirtschaft von selbst zusammenbrechen muß, und daß nach dem Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft die sozialistische Wirtschaft sich gewissermaßen von selbst aus den Trümmern erheben würde. (Pled: Wir glauben das, was Marx sagt.) Ja, eben in diesem Punkt will ich gern bekennen, daß ich nicht mehr zu den Lehren von Marx stehe, wenn man sie so auslegt, daß der Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft erfolgen muß auf Grund der unweigerlich zunehmenden Verelendung der breiten Massen. Diesen Teil der marxistischen Theorie erkenne ich nicht mehr an. Im übrigen glaube ich, stehen wir mehr zur marxistischen Lehre als die Kommunisten theoretisch und praktisch heute dazu stehen. Also diese Auffassungen von früher her: Es kommt die Stunde, wo die kapitalistische Wirtschaft und die kapitalistische Gesellschaft von selbst zusammenbrechen und wir ihr Erbe antreten, dieser Glaube ist allerdings geplatzt.

Was ist das neue Ideal, von dem ich gesprochen habe, daß es in der Arbeiterbewegung lebendig werden müßte? Es ist kein neues Ziel, sondern das Ziel ist das alte: die Herstellung der sozialistischen Wirtschaft. Darin bin ich mir vollkommen mit Pled einig, das ist das Entscheidende, worauf es für uns ankommt. Wir wollen die Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaft, wir wollen die sozialistische Wirtschaft haben, und gerade weil wir das wollen, darum gehen wir heran an diese kapitalistische Wirtschaft und versuchen, sie umzugestalten. Wir sind der Meinung, daß wir nicht im Elend leben müssen, bis die kapitalistische Wirtschaft zusammengebrochen ist, sondern wir verlangen von der kapitalistischen Wirtschaft, daß sie dem Arbeiter das gibt, was auf Grund der wirtschaftlichen Lage den Arbeitern gegeben werden kann, und wir sind weiter der Meinung, daß die Wirtschaft heute schon so ertragreich ist, daß alle Arbeiter und Arbeiterinnen ein menschenwürdiges Leben führen können. Die Gewerkschaften kämpfen ständig um dieses Ziel, und daher ist die Gewerkschaftsarbeit der wirksamste und erfolgreichste Klassenkampf.

Wenn wir in den letzten Jahren auch nicht alles erreicht haben, was notwendig war, so haben wir alle doch die feste Überzeugung, daß die Funktionäre ihre Pflicht getan haben. Die Wirtschaft und der Verband befinden sich wieder im Aufstiege, und damit steigen auch die Aussichten auf neue und größere Erfolge unserer Organisation. (Lebhafte Beifall.)

Man kommt zu den vorliegenden Anträgen. Als Vertreter der Vorberaterkommission empfiehlt

Bannwolf (Hamburg) die beiden vorliegenden Anträge, die sich mit der Frage der Arbeitsgemeinschaft beschäftigen, durch die Ausführungen des Verbandsvorsitzenden für erledigt zu erklären. Es wird so beschlossen. Die zur „Holzarbeiter-Zeitung“ gestellten Anträge werden, soweit sie Unterstützung gefunden haben, abgelehnt, bis auf den Antrag, welcher eine stärkere Berücksichtigung der kleinen Branchen verlangt, und einen anderen, der ausspricht, daß dem Unfallschutz und der Unfallversicherung auch künftig unverminderte Aufmerksamkeit gewidmet werden soll, die angenommen werden.

Die Entschliessung von Pled, die sich auf die Gesamttätigkeit des Vorstandes, und die von Kiefert, die sich auf die Jugendfrage bezieht, werden mit großer Mehrheit abgelehnt.

Es folgt der dritte Punkt der Tagesordnung:

Die Lohn- und Vertragspolitik des Verbandes.

Schleicher: In bezug auf Lohnbewegungen war das Jahr 1928 ein mageres Jahr. Das Unternehmertum sucht jedes Weh in der Wirtschaft durch Arbeitszeitverlängerung und Lohnkürzung zu heilen. Dieser Gedanke ist auch in dem Organ der Unternehmer, der „Holzindustrie“, gepredigt worden. Es muß aber anerkannt werden, daß die Zeitung des Arbeitgeberverbandes der Holzindustrie zugegeben hat, daß sie von dem Anfang 1928 betriebenen Lohnabbau keine Belobung der Wirtschaft erwartete. Wir waren aber trotzdem genötigt, in dieser Zeit eine äußerst umfangreiche Abwehrbewegung zu führen. Nicht mittels Streik, solche wären schon bei ihrem Beginn verloren gewesen. Aber wir haben uns die Aufgabe gestellt, die Arbeitsbedingungen, insbesondere die bisher vertraglich festgelegten Löhne zu behaupten, trotz der Aufhebung der Lohnabkommen. Der Beschluß unserer Beiratskonferenz, unter keinen Umständen in einen vertraglichen Abbau der Löhne zu willigen, war nicht nur für unseren Verband, sondern für die gesamte Gewerkschaftsbewegung von weittragender Bedeutung. Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß Tarifverträge nicht um jeden Preis erkauft werden dürfen. Für die Laktik in der Lohn- und Tarifbewegung lassen sich feste Regeln nicht aufstellen. Unsere Laktik muß beweglich sein. Was zu einem bestimmten Zeitpunkt und für eine bestimmte Gruppe richtig ist, kann mitunter für eine andere Gruppe völlig falsch sein. Daß wir richtig operiert haben, beweist auch die Tatsache, daß die Aktion, die uns die Unternehmerorganisation entgegenbringt, nicht geklitten hat. Wir haben aber auch in der schweren Zeit einige Kämpfe von außerordentlicher Dauer geführt. Den Kollegen, die nicht nur im eigenen Interesse, sondern im Interesse der Gesamtorganisation die schweren Opfer solcher langwieriger Kämpfe auf sich genommen haben, gebührt unser besonderer Dank und unsere höchste Anerkennung.

Bei der Zusammenfassung der Bezirkstarifverträge zu dem neuen Manteltarifvertrag waren wir uns klar darüber, daß materielle Vorteile bei dieser Gelegenheit nicht erreicht werden konnten. Es handelte sich in erster Linie darum, das Vertragsverhältnis zu festigen. An dem Neuaufschluß der Lohnverträge sind wir erst später gegangen, nach dem sich die Geschäftslage weiter gebessert hatte. Bei dem Abschluß des Mantelvertrages mußten hinsichtlich der Einrichtung des tariflichen Schlichtungswesens die Bestimmungen des neuen Arbeitsgerichtsgesetzes berücksichtigt werden, eines Gesetzes, das mit Recht als eins der besten sozialpolitischen Gesetze bezeichnet wird. Der von manchen Stellen geäußerten Auffassung, die gesamte tarifliche Rechtsprechung den Arbeitsgerichten zu überlassen, möchte ich mich nicht anschließen. Das geht allenfalls in einem räumlich kleinen Tarifgebiet. Wo es sich jedoch um einen Reichsvertrag handelt, da muß die Auslegung des Vertrages in erster Linie bei den Vertragsparteien bleiben. In den Mantelvertrag mußten wir aus den früheren Bezirkstarifverträgen den § 12 übernehmen, nach dem die ersten drei Überstunden mit 10 Prozent Aufschlag bezahlt werden. Wir mußten bei den Verhandlungen, daß das Arbeitszeitnotgesetz kommt, das inzwischen auch in Kraft getreten ist. Man hat mit der Bestimmung des Gesetzes, die 25 Prozent Zuschlag für Überstunden für angemessen erklärt, eigenartige Erfahrungen gemacht. Die Schlichter haben in zahlreichen Fällen Entscheidungen getroffen, die weit niedrigere Zuschläge bringen. Nun sind wir im Begriff, die Entscheidung für unseren Mantelvertrag dem Reichsarbeitsministerium zuzurufen. Wir werden uns dann mit der Zentralinstanz des Reiches über diese Frage auseinandersetzen.

Unser Lohnabkommen hat in der kommunistischen Presse eine sehr gehässige Kritik erfahren. Diese Kritik war aber nicht von Sachkenntnis getrieben, sondern von dem Streben diktiert, unseren Verband um jeden Preis herunterzureißen. Man hat insbesondere auch die Vertragslöhne der Hilfsarbeiter und der Jugendlichen bemängelt, sie können sich aber gegenüber den Vertragslöhnen in anderen Industrien wohl sehen lassen; ihre Steigerung gegenüber den Fortkrieglöhnen ist höher als die der Facharbeiterlöhne.

Durch unsere Frühjahrsbewegung ist nicht nur das wieder hergestellt, was wir vor zwei Jahren hatten, sondern wir haben weit mehr errungen. Das sind gewerkschaftliche Erfolge, die um so höher zu werten sind, als sie in einer wirtschaftlich wenig günstigen Zeit errungen wurden. Die große Arbeitslosigkeit mindert allerdings den realen Wert der errungenen Löhne. Wir werden auch weiter Lohnbewegungen führen mit dem klar ausgesprochenen Grundsatz: Wir wollen mehr verdienen! Der Erfolg der Bewegungen hängt ab von der zahlenmäßigen Stärke des Verbandes, aber nicht zum mindesten auch von der Höhe des Massenbestandes. Deshalb müssen wir unsere Reihen unausgesetzt stärken. Kürzlich hat Vorkig in einer vielbeachteten Rede

gesagt, daß die Lohnhöhe von der Konjunktur abhängig sei. Das ist brutal, aber offen. Stärken wir deshalb den Verband so, daß wir der Konjunkturlohnpolitik der Unternehmer gegenüber jederzeit gewappnet sind. (Lebhafter Beifall.)

Nachmittags-Sitzung

Da mer berichtet über die Lohnbewegung in den kleineren Branchen. Diese hat nicht so erfreuliche Erfolge aufzuweisen wie die im Holzgewerbe. In den ersten Nachkriegsjahren hatten wir einige Reichsverträge; inzwischen haben sich die damals existierenden Reichsverbände der Unternehmer aufgelöst, aber auch unter unseren Kollegen ist die Zahl der Organisierten nicht sehr imponierend. In der Holzindustrie hat sich die frühere Reichsorganisation aufgelöst. Der inzwischen neu gebildete Reichsverband der Holzfabrikanten hat es abgesehen, einen Reichstarif abzuschließen. Der Reichstarifvertrag der Holzindustrie trägt diese Bezeichnung nicht mit vollem Recht. Wir haben daneben in einigen Bezirken besondere Tarifverträge. Für das Korbmachergewerbe in Nordbayern haben wir kürzlich einen Vertrag abgeschlossen, der als Vorbild für weitere Verträge gelten wird. Der frühere Reichstarif für die Knapfindustrie hat gezeigt, daß es trotz der großen Schwierigkeiten doch möglich ist, einigermaßen geordnete Verhältnisse zu schaffen. Wo die Knapfarbeiter eine gute Organisation haben, wie in Hannover, ist es auch jetzt möglich, halbwegs annehmbare Löhne zu schaffen. In der Kamm- und Haarschmiedindustrie sind neuerdings wieder Ansätze für eine Neuregelung der Arbeitsbedingungen festzustellen. Auch in einer Reihe anderer Branchen macht sich wieder ein regeres Leben bemerkbar, und Hand in Hand damit gehen die Ansätze zur Regelung der Arbeitsbedingungen. Berechtigte Klagen sind von unseren Kollegen in den gemischtgewerblichen Betrieben erhoben wegen des Verhaltens der Funktionäre der führenden Organisationen bei Lohnbewegungen. Fortgesetzt wird da gegen die Satzungen des ADGB. verstoßen. Dabei wird von den erwähnten Funktionären eine Lohnpolitik getrieben, mit deren Ergebnissen unsere Kollegen durchaus nicht einverstanden sein können.

Die beim Vorstand eingerichtete Branchenabteilung hat sich als sehr wertvoll erwiesen. Sie sollte aber viel besser mit Material versorgt werden. Der Redner bespricht dann die zu dem Gegenstand vorliegenden Anträge. Er schließt seinen Vortrag mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß eine so schwere Krise, wie wir sie erlebt haben, nicht wieder kommt. Die Zeit muß nun ausgenutzt werden zum Ausbau der Organisation. Das ist die Voraussetzung, die es uns ermöglicht, die Lage unserer Kollegen zu verbessern. (Lebhafter Beifall.)

Wenzel (Höchst): Der Vorstand hat auf dem Gebiet der Lohnbewegung getan, was geschehen konnte. Ihn trifft die Schuld nicht, wenn das Ergebnis der Lohnbewegungen unseren Wünschen nicht voll entspricht. Der vorliegenden Entschließung kann man zustimmen, sie sollte aber noch etwas schärfer gefaßt werden. Redner stellt einen Änderungsantrag.

Seratsch (Berlin) schildert die Verhältnisse in dem von Ford in Berlin errichteten Automobilbetrieb. Den Arbeitern wurde gesagt, daß, wenn sie eine Betriebsvertretung nach deutschem Gesetz haben wollen, auch nur deutsche Löhne gezahlt werden könnten. Den Stellmachern in den Betrieben der Metallindustrie muß mehr Aufmerksamkeit zugewandt werden.

Berner (Chemnitz): Es ist einleuchtend, daß wir die Hauptaufgabe unseres Verbandes, die Eringung günstiger Arbeitsbedingungen, in Zeiten der Krise nicht mit gleichem Erfolge erfüllen können wie sonst. Daß wir im letzten Jahre unsere Ertragsverhältnisse behaupten konnten, darf sich der Verband als Ruhmestitel anrechnen. Wir müssen fortgesetzt Vorbereitung treffen für künftige Kämpfe.

Leitner (Zwidau): Um die beiden letzten Jahre als einen Erfolg betrachten zu können, dazu gehört eine große Bescheidenheit. Schleicher leidet noch an der von Lassalle beklagten Bedürfnislosigkeit. Es war ein Fehler, daß sich der Verbandsrat und der Vorstand auf den Standpunkt gestellt haben, daß bei der Schaffung des Mantelvertrages das bestehende Vertragsrecht nicht geändert werden soll. Unser Mantelvertrag und insbesondere das Schiedsgerichtsverfahren ist nur Dekoration, es kommt darauf an, wie die Dinge unten in der Praxis behandelt werden. Die Sympathisierenden müssen wir mit größter Beschleunigung dem Verbande zuführen. Wir müssen uns die 42-Stunden-Woche als Ziel setzen.

Richter (Görlitz): Beim Einsetzen der Krise wurden unsere Kollegen auf die Straße gesetzt, und dann machten ihnen die Unternehmer den Vorschlag, den Lohn beträchtlich abzubauen. Auch bei der neuen Lohnregelung auf Grund des Mantelvertrages machen die Görlitzer Unternehmer die größten Schwierigkeiten. Nur durch Steigerung der Löhne kann die Arbeitslosigkeit überwunden werden.

Winkelhoef (Köln): Die Kritik, die Leitner geübt hat, ist unberechtigt. Er ist auch nicht imstande, positive Vorschläge zu machen. Es muß anerkannt werden, daß Leipzig während seiner ganzen Amtstätigkeit in unserem Verband die Kollegen dazu erzogen hat, auf die Arbeitszeitverkürzung den größten Wert zu legen. Diese Tradition ist auch unter seinen Nachfolgern erfreulicherweise lebendig. Die starke Zunahme der Hilfsarbeiter zwingt dazu, der Lohnregelung für diese Kategorie die nötige Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Fiebler (Auburg): Der Einfluß der Syndikate auf die Unternehmer ist größer als der unserer Verbandsfunktionäre auf die Mitglieder. Durch radikale Redensarten wird das Vertrauen untergraben und damit indirekt der Vorteil der Unternehmer gefördert. Gerade solche Mitglieder, die in den Versammlungen den radikalsten Ton anschlagen, bezeichnen sich im Betrieb am feigsten. In der Korbmacherei ist die Heimarbeit ein großes Hindernis für die Besserung der Lage der Arbeiter.

Schäfer (Eisingen): In der Lohnbewegung hat der Vorstand die Bekämpfung des Stuttgarter Verbandsvertrages durchgeführt. Wir haben es erreicht, daß Überstunden in diesem Bezirk verhältnismäßig selten vorkommen. Auf die Verkürzung der Arbeitszeit und die Bekämpfung der Überstunden müssen wir den größten Wert legen. Als die Unter-

nehmer uns den Lohnabbau aufzwingen, haben wir nicht gestreikt. Ein Streik unter den damaligen Verhältnissen hätte notwendig zu einer Niederlage geführt und mit einem uns aufgezwungenen schlechten Vertrag geendet. So ist es uns gelungen, die Scharte von damals auszuweichen. Die mehrfach erwähnten Sympathisierenden haben für uns keinen Wert, wir brauchen Mitglieder, die ihre Verbandspflichten erfüllen.

Biese (Berlin): An unserer Vertragsbewegung hat Leitner eine Kritik geübt, die sachlich nicht berechtigt ist. Die Entwicklung unseres Vertragswesens zeigt einen ununterbrochenen Fortschritt. Als Mitglied des Verbandsrats bin ich gern bereit, die Verantwortung für den Vertrag mit zu tragen. Wir haben in Berlin durchgängig Ortsverträge. In der Musikinstrumentenindustrie haben wir zurzeit nicht die Möglichkeit, einen Vertrag zu erzwingen. Wir haben auch im vorigen Jahre eine größere Zahl von Abwehrlämpfen geführt. Bei künftigen Vertragsabschlüssen soll uns die 42stündige Arbeitszeit als Programm vorschweben.

Buch (Melsb): Gemessen an den Lohnabschlüssen anderer Verbände, haben wir einen befriedigenden Erfolg erzielt. Der Vertrag für die Schuhleistenindustrie regelt die Überstunden ungünstiger als der Mantelvertrag; man darf aber nicht übersehen, daß in Melsb die Metallindustrie maßgebend ist, die eine schlechtere Regelung hat.

Berlin (Bismar): In den gemischten Betrieben, besonders in der Metallindustrie, sind die Löhne der Arbeiter unerträglich niedrig. Auch wir wollen mehr verdienen. Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß die Kollegen in den Großbetrieben der Metallindustrie für einen geringeren Lohn arbeiten als die bei den Tischlermeister. Es muß unter allen Umständen dahin gewirkt werden, daß auch den Kollegen in den gemischten Betrieben ihr Recht wird.



Dammann

Sahn (Leipzig): Seit dem Jahre 1920 sind unsere Verträge fortgesetzt schlechter geworden. In dem Mantelvertrag haben die Ferienbestimmungen für Sachsen eine Verschlechterung erfahren. Auch mit dem Ergebnis der Lohnabkommen können wir uns nicht zufrieden geben. Bei dieser reichszentralen Lohnregelung kommen Dresden und Leipzig nicht zu ihrem Recht. Die sächsischen Kollegen sind von dem Ergebnis der Lohnbewegung nicht befriedigt.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird gegen eine erhebliche Minderheit angenommen und hierauf die Sitzung geschlossen.

Dritter Verhandlungstag

Mittwoch, 15. Juni.

Sarnow verliest eine längere Entschließung, die von Piesch und Genossen eingebracht wurde. Hieran knüpft sich eine Geschäftsordnungsdebatte über die Frage, ob die gestern geschlossene Diskussion wieder aufgenommen werden soll. Es bleibt bei dem gefaßten Beschluß. Das Schlußwort erhält

Schleicher: Es war mir schmerzlich, daß gestern Sahn namens der sächsischen Kollegen erklärte, dem Vorstand das Vertrauen entziehen zu müssen (Protest der sächsischen Delegierten). Wenn Sahn einen Ausbruch von den sächsischen Kollegen nicht hatte, dann sprach er höchstens für die Leipziger Delegierten. Aber auch in diesem Rahmen hat er Unrecht, denn die Vertragspolitik ist unter ausdrücklicher Zustimmung auch der Leipziger Kollegen betrieben worden. Die Unzufriedenheit der Leipziger Kollegen richtet sich gegen die Ortsklasseneinteilung. Aber das war nicht Aufgabe des Vorstandes, sondern hierin haben die sächsischen Kollegen völlig selbständig gehandelt. Trotz seines Mißtrauens gegen den Vorstand hat Sahn noch nach Abschluß der Lohnbewegung für das Holzgewerbe den gleichen Vorstand nach Leipzig gebeten, um mit der Bewegung in der Klavierindustrie ins Reine zu kommen. Im übrigen hat die Aussprache ergeben, daß unter den Kollegen eine gewisse Unzufriedenheit besteht, die nach einem Ausdruck ringt. Das liegt daran, daß es eben an der Möglichkeit fehlt, eine andere Politik zu treiben. Deshalb können auch positive Vorschläge nicht gemacht werden. Die Rücksichtnahme auf die örtlichen Verhältnisse, die wir bei der Lohnfestsetzung wahren lassen, entspricht in ihrer Formulierung fast wörtlich den entsprechenden Bestimmungen in den Richtlinien für die russischen Gewerkschaften. Die Differenzierung der Löhne ist in Rußland viel weiter getrieben als bei uns. Dort besteht bei den Vertragsabschlüssen kein Mitwirkungsrecht für die beteiligten Arbeiter, sie werden von dem Vorstand lediglich informiert. Das russische Vorbild ist für uns nicht verwendbar, wir müssen uns nach den wirtschaftlichen Verhältnissen in Deutschland richten. Es kommt nicht auf die Zahl der Ortsklassen an, sondern auf die Lohnspanne zwischen der obersten und der niedrigsten Ortsklasse. Wichtig ist auch die Lohnspanne zwischen Facharbeitern und Angelegerten und Hilfsarbeitern. Es war ein Fehler, daß sich unsere Kollegen in vielen Bezirken gegen die Einführung des angelegerten Arbeiters gestäubt haben. Den Vorschlägen, die Wenzel für die Änderung der vorgelegten Entschließung gemacht hat, kann ich nicht zustimmen, weil sie nicht weit genug gehen,

wenn man damit beginnen will, ins Einzelne zu gehen. Ob man den § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches in unsere Verträge übernehmen soll, ist eine Zweckmäßigkeitsfrage. Die Entschließung des Vorstandes und der Beratungskommission faßt all das zusammen, was für den gegenwärtigen Augenblick geboten ist. Was wir tun werden, wenn der Mantelvertrag abgelassen ist, das kann man heute noch nicht sagen. Darüber werden zu gegebener Zeit die Mitglieder entscheiden. Wir hätten es als notwendig erachtet, manche Einzelfragen zu erörtern, deshalb ist es bedauerlich, daß wir jetzt auf die Auseinandersetzungen mit der sogenannten grundsätzlichen Opposition verzichten müssen. (Lebhafter Beifall.)

Dannhoff berichtet über die Stellungnahme der Beratungskommission zu den vorliegenden Anträgen. Seinem Vorschlag entsprechend wird unter Ablehnung des Änderungsantrages Wenzel die folgende Entschließung gegenwärtig angenommen:

Entschließung zur Lohn- und Vertragsbewegung.

Die Steigerung der Gütererzeugung durch die Vermehrung und Verbesserung der technischen Hilfsmittel kann den Weg zu einem wirtschaftlichen Aufstieg erst dann eröffnen, wenn es gelingt, die Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung zu stärken. Das Unternehmertum betreibt die Rationalisierung der Betriebe ohne Rücksicht auf die arbeitenden Menschen und nur zum Zweck der Profitsteigerung. Deshalb vergrößert sich unausgesetzt die Aufgabe der Gewerkschaften, die schädlichen Auswirkungen der Arbeitsmethoden auf die Arbeiterklasse zu bekämpfen und dafür zu sorgen, daß die Arbeiterklasse den vollen Anteil von den Fortschritten der Gütererzeugung erhält.

Der gewerkschaftliche Lohnkampf erfordert neben den grundsätzlichen Richtlinien zur Lohn- und Vertragspolitik eine bewegliche Taktik, die nach den jeweilig vorliegenden Verhältnissen bestimmt werden muß. Der Verbandsrat billigt die Haltung und die Entscheidungen des Vorstandes, des Beirats und der Städtelkonferenzen bei den stattgefundenen Bewegungen.

Für den weiteren Kampf wird der Vorstand aufgefordert, neben der Erhöhung der Löhne, dem Ausbau der Ferien, besonders auch für Lehrlinge und Jugendliche, und der Verbesserung der sonstigen Arbeitsverhältnisse seine besondere Aufmerksamkeit auf die Verkürzung der Arbeitszeit zu legen. Eine dringende Forderung ist die halbige und restlose Wiederherstellung des achtstündigen Arbeitstages als Höchstmaß der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit. Die fortschreitende Technisierung des Produktionsprozesses gestattet aber heute schon und macht es immer mehr notwendig, die weitere Verkürzung der Arbeitszeit unter 48 Stunden wöchentlich ernsthaft in Angriff zu nehmen. Diese Aufgabe fällt sowohl unserem Verband wie allen Gewerkschaften zu und ist gleichzeitig die wirksamste Vorarbeit für eine Verbesserung der gesetzlichen Arbeitszeitregelung.

Der Verbandsrat fordert auch den ADGB. auf, seine Bemühungen in dieser Richtung fortzusetzen.

Die Resolution Piesch wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

Die vorliegenden Anträge sind zum größten Teil durch die angenommene Entschließung erledigt. Einige werden abgelehnt. Angenommen werden die folgenden Anträge, die sich auf die Lehrlinge beziehen: „Die Lehrlinge sind den jeweiligen Tarifverträgen zu unterstellen“ und „Die Lehrlingsentschädigung ist prozentual nach den Gesellenlöhnen vertraglich festzulegen.“

Angenommen wird auch der folgende Antrag: „Es ist dahin zu wirken, daß die Löhne für Holzarbeiter in gemischten Betrieben dieselbe Höhe erreichen wie im Holzgewerbe.“

Obenso der Antrag: „Bei Abwehrlämpfen ist das Saatgebiet gesondert zu behandeln.“

Dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen wird der folgende Antrag: „Die auf Anregung des Internationalen Arbeitsamtes vom Statistischen Reichsamte in diesem Jahr herausgegebenen Haushaltungsbücher für die Zeit vom 1. März 1927 bis Ende Februar 1928 sind durch Duplikate von den amtlich dazu bestimmten Kollegen für unsere Organisation direkt nutzbar zu machen. Für die gewissenhafte Ausfüllung und Weiterleitung des Duplikates an den Verband ist dem Kollegen eine vom Hauptvorstand festzusetzende Vergütung zu gewähren.“

Mehrere Anträge werden dem Vorstand als Material überwiesen.

Es folgen einige persönliche Bemerkungen. Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

In Umstellung der Tagesordnung erfolgt jetzt die Beratung des Punktes 6 der Tagesordnung:

Der nächste Gewerkschaftskongress

Sarnow bemerkt, daß der Vorstand keine Anträge zu stellen habe, es liegen aber verschiedene Anträge der Verwaltungen vor. Dann spricht

Sahn (Verbandsvorstand): Er begründet die Reformvorschläge der beim ADGB. gebildeten Kommission zur Vereinheitlichung der Gewerkschaftseinrichtungen. Die heute bestehenden starken Unterschiede in den gewerkschaftlichen Einrichtungen, dem Beitrags- und Unterstützungsweisen, bilden nicht nur ein starkes Hindernis für einen Zusammenschluß verwandter Organisationen, sondern sind auch die Ursache, daß sich unliebsame Grenzstreitigkeiten entwickeln, und daß ein gegenseitiger Konkurrenzkampf der Verbände zum Schaden der Gesamtgewerkschaftsbewegung entsteht wird. Unser Verband hat von jeher eine größere Einheitlichkeit der Gewerkschaftseinrichtungen gefordert. Allerdings sind wir uns darüber klar, daß eine Uniformität der Gewerkschaftseinrichtungen weder erreichbar noch zweckmäßig ist. Es wird nicht möglich sein, die Beiträge völlig

gleich festzusetzen, und noch viel weniger, die Unterstellungen in allen Verbänden gleichzugestatten. Das liegt nicht an einem Mangel an gutem Willen, als vielmehr an den unterschiedlichen Bedürfnissen für diese oder jene Unterstellungsart. Trotz alledem ist auf den mannigfachen Gebieten der Organisationseinrichtungen eine größere Vereinheitlichung und eine größere Angleichung wohl möglich. Voraussetzung ist nur, daß überall der ernste und ehrliche Wille zur Angleichung vorhanden ist.

Rebner erläutert dann die von der Verwaltungsreformkommission vorgeschlagenen und vom Bundesauschuß gebilligten Maßnahmen im einzelnen und betont zum Schluß, daß noch große Schwierigkeiten in den einzelnen Verbänden zu überwinden sein werden, um das bisher Beschlossene zur Durchführung zu bringen. Über jeder, der die Notwendigkeit einer größeren Einheitlichkeit der Gewerkschaftseinrichtungen anerkenne, müsse unter Zurückstellung der Sonderinteressen für die vom AOB gefaßten Beschlüsse eintreten, ganz besonders unser Verband, der stets ein Hauptrolle nach größerer Einheitlichkeit gewesen ist. (Lebhafter Beifall.)

Larnow beschäftigt sich mit der Organisationsfrage. Der Zusammenschluß der Berufsverbände zu Industrieverbänden läßt sich nicht gewalttätig erreichen, er muß freiwillig durch Beschluß der Mitglieder erfolgen. Diesen Standpunkt hat der Verband immer eingenommen, und so wird es auch in Zukunft sein. Rebner beschäftigt sich weiter mit dem geplanten Lebens- und Nahrungsmittelarbeiter-Verband, dem sich auch der Böttcher-Verband anschließen will. Nach dem Statutenentwurf des neuen Verbandes würde dieser in unser Agitationsgebiet eingreifen. Das lehnen wir ab. Wir haben Verständnis dafür, daß der Böttcher-Verband geschlossen übertritt, und damit sind wir auch einverstanden, obwohl es sich um ausgesprochene Holzarbeiter handelt. Die Böttcher in den Brauereien haben mit dem Nahrungsmittelarbeiter-Verband aber weit mehr Berührung als mit unserem Verband. Die Fassfabriken aller Art gehören aber zu unserem Organisationsgebiet.

Pied (Berlin): Die Zeitung des AOB nimmt heute zu den Lehren von Marx eine andere Stellung ein als die frühere Zeitung. Marx hat uns nachgewiesen, daß die Interessen des Kapitals denen des Proletariats entgegenstehen. Ein gemeinsames Interesse, wie es Lelpart behauptet hat, ist eine Illusion. Es ist Verwirrung, wenn man das Zusammenstreifen mit den Unternehmern in der Tarifgemeinschaft gleichsetzt mit der Arbeitsgemeinschaft. Das Primäre ist der Klassenkampf. Man darf uns nicht unterstellen, daß wir die Sympathisierenden zu einer besonderen Organisation zusammenfassen wollen. Sie sollen hinein in die Gewerkschaften, und sie sollen der kommunistischen Partei zugeführt werden. Der Klassenkampf hat uns in der Entwicklung nie gehindert. Zum Schluß verliest eine Resolution.

Winkler (Berlin): Wir müssen unser Ziel hinsichtlich der Herabsetzung der Arbeitszeit und der Erhöhung der Löhne auch auf anderen Wegen zu erreichen suchen als den bisher verfolgten. Das Beispiel des englischen Gewerkschaftskampfes weist hin auf die Notwendigkeit der Schaffung von Industrieverbänden.

Berlin (Wismar): Die Bundesabstimmungen müssen dahin geändert werden, daß die Holzarbeiter in gemischten Betrieben auch selbständig Lohnbewegungen durchführen können.

Diebler (Dresden): Die Arbeit der beim AOB eingerichteten Kommission zur Vereinheitlichung der Verbandseinrichtungen ist zu begrüßen. Die seitherigen Einrichtungen ermöglichen es, daß einzelne Verbände ändern eine unangebrachte Konkurrenz machen. Anzustreben ist eine Vereinheitlichung der Unterstellungseinrichtungen. Die Stärkung der Organisationen wird nicht dadurch erzielt, daß etwa die gut organisierten Holzarbeiter in den Metallbetrieben zum Metallarbeiterverband geschlagen werden, wenn nicht die Metallarbeiter selbst in weit höherem Maße organisiert werden. Das russische Beispiel kommt für uns nicht in Betracht, dort sind die Verhältnisse ganz anders als bei uns.

Lelpart als Vertreter des AOB verweist auf die vom bevorstehenden Gewerkschaftskongreß in Hamburg zu lösenden Aufgaben. Der Gedanke des Industrieverbandes wird grundsätzlich von allen Verbänden vertreten. Man darf aber die Frage der Organisationsform nicht schlagwortartig behandeln. Wollten wir den Grundatz aufstellen: In jedem Betrieb nur ein Verband, dann wäre das der Weg zum allgemeinen Arbeiterverband, der praktisch unmöglich ist. Wir haben in Deutschland auf dem Wege zur gewerkschaftlichen Konzentration von allen Ländern die weitesten Fortschritte gemacht, trotzdem finden bei uns täglich Verhandlungen zum Zwecke einer weiteren Konzentration statt. Die Erörterungen, die auf dem Gewerkschaftskongreß in Breslau über die Wirtschaftsdemokratie gepflogen wurden, waren nur ein Anfang. Diese Frage muß noch sehr eingehend diskutiert werden. Wir erstreben ein wirkliches Mitbestimmungsrecht in den Betrieben, und aus Äußerungen prominenter Führer der Unternehmer kann man schließen, daß das Verständnis für unsere Bestrebungen auch auf jener Seite wächst. Allerdings sind die Ziele, die wir verfolgen, auch auf diesem Gebiete wesentlich andere als die der fortschrittlichsten Unternehmer. Der Gesetzentwurf über die Umgestaltung der öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen, der den Arbeitern das Recht der Mitarbeit in den Handels- und Handwerkskammern einräumen soll, wird voraussichtlich bald erscheinen, und wir werden zu ihm Stellung nehmen.

Dafür, daß die Arbeiterkraft schon stark in die Wirtschaft eingedrungen ist, haben wir doch eine Menge Beispiele. Die Arbeiterbank genießt auch in Fachkreisen berechtigtes Ansehen. Es sei weiter auf die sozialen Baubetriebe, die Bauingenieurvereine und die Bauhilfen hingewiesen. Des Weiteren auf die Gewerkschaftshäuser, die Druckereien, die Verlagsgeschäfte der Gewerkschaften. Auch die beiden Versicherungsvergesellschaftungen, die Volksfürsorge und die Feuer- und Lebensversicherung, seien genannt. Dem AOB erwachsen daraus neue Probleme, mit denen er sich beschäftigen muß. Es ist verlangt, alle diese Unternehmungen zu einem großen Konzern zusammenzufassen, um die Vorteile der einen Gesellschaft auch der andern zugute kommen zu lassen. Wir sind also schon ziemlich tief in die Wirtschaft eingedrungen, aber nicht, um den Privatkapitalismus zu konsolidieren, sondern um dabei unsere eigenen Ziele zu verfolgen. Wir wollen den kapitalistischen die Alleinherrschaft in der Wirtschaft streitig machen. Wenn Pied meint, daß es kein allgemeines Volkswohl gebe, so muß demgegenüber betont werden, daß die

Gewerkschaften mit ihrem Kampfe nicht nur der Arbeiterschaft, sondern dem ganzen Volke dienen. Die Kapitalisten führen den Klassenkampf, um ihre Klassenprivilegien zu verteidigen. Das Ziel des Klassenkampfes der Arbeiter ist die Befreiung der Klassenherrschaft.

Dem Bundesvorstand wird zum Vorwurf gemacht, daß er die politische Neutralität nicht gewahrt habe. Die Gewerkschaften können und sollen nicht politisch neutral sein, aber sie sind politisch unabhängig. Der Gewerkschaftskongreß wird zu einer Reihe von Fragen der Sozialpolitik Stellung nehmen. Dabei werden wir erwägen, eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit zu fordern. Angesichts der Wirkung der Rationalisierung werden wir dazu kommen müssen, zunächst die 44stündige Arbeitswoche zu fordern mit dem freien Sonnabendnachmittag. Der Gewerkschaftskongreß in Hamburg wird richtunggebend für die weitere Betätigung der Gewerkschaften sein, er wird ihnen neue Aufgaben weisen. (Lebhafter Beifall.)

Nachmittagsitzung.

Die Aussprache über den Gewerkschaftskongreß wird unterbrochen und zunächst der Punkt 5 der Tagesordnung behandelt:

Die Lohnfrage im Lichte der neuen Wirtschaftsentwicklung.

Prof. Dr. Kölling hält hierzu einen Vortrag, den wir ausführlich nachtragen werden. Er legt dem Verbandstag die folgende Entscheidung vor:

„Die veränderte Struktur der Weltwirtschaft verleiht der Aufnahmekraft unseres Inlandmarktes eine schlechthin entscheidende Bedeutung. Dem durch Rationalisierung und wissenschaftliche Betriebsführung in seiner



Kölling

Ergebnigkeit gesteigerten Produktionsapparat steht eine zusammengeschrumpfte Kaufkraft der breiten Massen gegenüber, die verheert wurde durch den Raubzug der Inflation und den noch weiterhin dauernden Lohndruck. Statt mit Preisenkämpfung und Lohnerhöhung an der Überwindung der Wirtschaftskrise zu arbeiten, geht das Unternehmertum den Weg monopolistischer Preisstabilität und konsumfeindlicher Produktionsdrückelung. Die Resultate der Rationalisierung dienen bisher nur dem privaten Unternehmerprofit, nicht aber der Marktausweitung und allgemeinen Wohlfahrtssteigerung. Ein mit den Mitteln des Lohndrucks und des Preiswuchers betriebener „Kapitalismus“ muß aber auf die Dauer zusammenbrechen und das Volk in den Wirtschaftsumpf führen.

Den Gewerkschaften fällt die Aufgabe zu, mit der Durchsetzung der Forderung nach höheren Löhnen auf eine Verteilung des Sozialprodukts hinzuwirken, die nicht nur den Geboten sozialer Gerechtigkeit, sondern auch den ökonomischen Notwendigkeiten entspricht. Der Lohn ist nicht nur Kostenelement, sondern Konsumfaktor. Das Mißverhältnis zwischen gesteigerter Produktionsmacht und geschwächter Kaufkraft ist nur zu beseitigen durch Gewährung ausreichender Lohnbezüge an die arbeitenden Massen. Indem sie diese Forderung erheben, dienen die Gewerkschaften ebenso sehr den speziellen Interessen der Arbeiterklasse wie der Gesamtwirtschaft.

An der anschließenden Aussprache beteiligten sich Pied (Berlin), der wieder eine Resolution vorlegt, Diebler (Dresden), Hennig (Berlin) und Larnow. Nach dem Schlusswort von Prof. Dr. Kölling, dem die Delegierten für seine klaren Ausführungen lebhaften Beifall zollten, wird die vorgelegte Entschließung angenommen. Die Resolution Pied ist damit abgelehnt.

Es wird nunmehr in der Diskussion über den Gewerkschaftskongreß fortgefahren.

Lempel (Darmstadt): Gegen die Innungskassen müssen wir uns wenden, das Krankentassenwesen muß in der Ortskrankenkasse zentralisiert und die Invalidenversicherung ausgebaut werden. In der Unfallversicherung müssen die Arbeiter gleichberechtigt in der Verwaltung vertreten sein. Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

Vierter Verhandlungstag.

Donnerstag, 16. Juni.

Die Aussprache über den nächsten Gewerkschaftskongreß wird fortgesetzt.

Ziegler (Dortmund) verlangt vom Gewerkschaftskongreß, daß er in der Organisationsfrage mehr Klarheit schafft. Einige Gewerkschaften greifen widerrechtlich in unser Agitationsgebiet ein. Das müssen wir ganz entschieden zurückweisen.

Kellermann (Stuttgart): Unser Verband muß an seiner bisherigen Stellungnahme zur Organisationsfrage festhalten. Die Forderung: In jedem Betrieb nur ein Verband, ist entschieden abzulehnen.

Biebig (Dresden): Die Bestrebungen zur Vereinheitlichung der Gewerkschaftseinrichtungen können, solange die Verhältnisse in den einzelnen Verbänden noch so verschieden sind, zu einer Gefahr werden, und zwar insofern, als zu befürchten ist, daß man dabei zuviel Rücksicht auf die rückständigen Verbände nehmen muß. Trotz alledem verdienen diese Bestrebungen unsere volle Unterstützung.

Ein Antrag auf Schluß der Aussprache wird angenommen.

Larnow: Die Aussprache hat ergeben, daß unsere Stellungnahme zur Organisationsfrage von der übergroßen Mehrheit der Mitglieder gebilligt wird. — Bei der Abstimmung werden die Entschließung Pied und solche Anträge, die die Schaffung von Industrieverbänden nach dem Prinzip: In jedem Betrieb nur ein Verband, fordern, mit großer Mehrheit abgelehnt. Angenommen wird ein Antrag, der den Gewerkschaftskongreß auffordert, sich erneut mit der Verschmelzung aller Betriebs-, Innungs- und Ortskrankenkassen zu einer einheitlichen Kasse zu befassen.

Auf Antrag der Beratungskommission wird beschlossen, daß der Verband auf dem nächsten Gewerkschaftskongreß vertreten wird durch drei Vorstandsvertreter, je einen Vertreter der Redaktion, der Verwaltungsstelle Berlin und der einzelnen Gaue; die Wahl der Gauvertreter erfolgt durch Urwahl. Damit ist der Punkt Gewerkschaftskongreß erledigt. Es folgt Punkt 7:

Internationaler Holzarbeiterkongreß.

Larnow gibt einen kurzen Überblick über den Stand der Internationalen Union der Holzarbeiter und betont die Notwendigkeit internationaler Verbindungen. Die vorliegenden Anträge fordern die Herstellung der internationalen Gewerkschaftseinheit und die Aufnahme des russischen Holzarbeiter-Verbandes in die Internationale Union. Der Internationale Gewerkschaftsbund ist seit Jahren bestrebt, die Einheit der Gewerkschaftsbewegung herzustellen, sie scheiterte an dem Verhalten der sogenannten roten Gewerkschaften. Der russische Holzarbeiter-Verband wird in die Internationale Union aufgenommen, wenn er sich von der kommunistischen Internationale löst. Rebner empfiehlt die Annahme folgender, vom Vorstand und der Beratungskommission vorgelegten Entschließung:

Für nationale und internationale Einheit.

Der Verbandstag steht in der nationalen und internationalen Einheit der Arbeiterbewegung eine der wichtigsten Voraussetzungen für das schnelle und erfolgreiche Fortschreiten der Bewegung. Er bebauert deshalb aufrichtig die Spaltung namentlich der politischen Organisation, die sich hemmend und schwächend auch auf die gewerkschaftliche Bewegung auswirkt. Er brandmarkt alle falschen Arbeiterfreunde, deren Tätigkeit darauf gerichtet ist, Haß und Zwietracht in die Arbeiterklasse zu säen und durch sinnlose Verbündigungen und Verleumdungen die Solidarität und das gegenseitige Vertrauen zu zerbrechen. Er fordert die gesamte Arbeiterschaft auf, unter Anerkennung des demokratischen Prinzips und Respektierung des Mehrheitswillens für die organisatorische Einheit auf allen Gebieten der Arbeiterbewegung einzutreten.

Der Verbandstag verurteilt erneut aufs Schärfste alle Versuche politischer Parteien, in die Organisation und das Arbeitsgebiet der Gewerkschaften gegen deren Willen einzugreifen. Soweit Mitglieder des Verbandes sich an solchen unterverantwortlichen Bestrebungen beteiligen, insbesondere an gewerkschaftlichen Sonderkonferenzen und sogenannten Werkstätten- und Arbeitslosenkongressen, die nur ein Deckmantel für planmäßige Gewerkschaftszersplitterung sind, soll der Verbandsvorstand wie bisher gegen diese Mitglieder einschreiten.

Der Verbandstag fordert den IOB auf, seine Bemühungen zur Herstellung der internationalen Gewerkschaftseinheit fortzusetzen. Er erwartet aber, daß nur solche gewerkschaftlichen Landesverbände in den Bund aufgenommen werden, die Gewähr für ein aufrichtig kameradschaftliches Zusammenarbeiten bieten und anerkennen, daß keine Gewerkschaft das Recht hat, sich in die Angelegenheiten der Gewerkschaften eines anderen Landes gegen deren Willen einzumischen.

Diese Aufforderung an den IOB gilt sinngemäß auch für die Internationale Holzarbeiter-Union.

Springer (Berlin) begründet eine von Pied eingebrachte Resolution, die sich für die von den Kommunisten gewünschte „Einheit“ der Gewerkschaftsbewegung und gegen die Kriegsgesfahren im Osten einsetzt. Kiefert (Berlin) ergängt Springers Ausführungen. Schüller (Bremen) und Stöver (Müßeldorf) wenden sich gegen die Entschließung Pied. Nach der durch einen Schlußantrag beendeten Aussprache wird die Entschließung des Vorstandes und der Beratungskommission mit großer Mehrheit angenommen. Damit sind die vorliegenden Anträge und eine nachträglich eingegangene Entschließung Springer erledigt. Die Entschließung Pied wird gegen wenige Stimmen abgelehnt. Auf Antrag der Beratungskommission wird beschlossen, daß der Verband auf dem 1928 stattfindenden Internationalen Holzarbeiterkongreß vertreten wird durch drei bevollmächtigte und einen unbesoldeten Vorstandscollegen, einen Redakteur und vier Kollegen, die vom Verbandsbeirat zu wählen sind. — Nunmehr wird zur

Statutenberatung

geschritten.

Sahn begründet den Vorstandsantrag, dem § 12 des Statuts, Abs. 1 folgende Fassung zu geben:

Jedes Mitglied hat wöchentlich einen Beitrag zu entrichten, der durch eine vom Verbandsvorstand herausgegebene Marke im Mitgliedsbuch quittiert wird. Der Beitrag zerfällt in Hauptkassen- und Lokalkassenbeitrag. Maßgebend für die Höhe des Hauptkassenbeitrages ist in der Regel das Einundeinviertelfache des vertraglichen Durchschnittslohnes der Branche bzw. des Berufes. Für Mitgliedergruppen mit höheren Verdiensten als dem Vertragslohn können entsprechend höhere Beiträge fest-

gesetzt werden. Die Verwaltungsstellen sind verpflichtet, die Mitglieder nach ihrer Verdiensthöhe den Beitragsklassen zuzuteilen. Die Zahl der Beitragsklassen in einer Verwaltungsstelle soll möglichst beschränkt werden. Der Hauptklassenbeitrag ist an die Hauptklasse abzuführen, der Lokalkassenbeitrag verbleibt am Orte und dient zur Bestreitung der Ausgaben für die im § 107 umschriebenen Aufgaben der Ortsverwaltung. Die Höhe des Lokalbeitrages wird von der Verwaltungsstelle festgesetzt. Der Lokalkassenbeitrag soll in der Regel in den Verwaltungsstellen ohne Lokalbeamte nicht unter 20 Prozent, in den Verwaltungsstellen mit Lokalbeamten nicht unter 25 Prozent des Hauptklassenbeitrages liegen. Die Beitragsfestsetzung bedarf der Genehmigung des Vorstandes. Ferner soll der letzte Satz im Absatz 5 geändert werden:

„In solchem Falle verbleiben dem Mitglied die in der alten Beitragsklasse erworbenen höheren Unterstütlungsansprüche noch für die Dauer von 28 Wochen.“

Bannwolf berichtet über die Behandlung dieses Antrages in der Vorberatungskommission. Diese ist mit der vorgeschlagenen Beitragsregelung grundsätzlich einverstanden. Die von verschiedenen Kollegen erhobenen Bedenken gegen die Trennung des Beitrages in einen Haupt- und Lokalkassenbeitrag sind nicht berechtigt. Die Kommission empfiehlt die Annahme des Antrages mit folgenden Änderungen und Ergänzungen: Die Beitragstrennung tritt mit dem 1. Oktober 1927 in Kraft. Der Hauptklassenbeitrag ist nach oben abzurunden unter sinnemäßer Beachtung früherer Beschlüsse. Die Bestimmung, daß der Beitrag „in der Regel“ das 1/4fache des Durchschnittsstundenlohnes betragen soll, soll gestrichen werden, damit den Lokalkassen ein Beitrag in Höhe von 20 bzw. 25 Prozent des Hauptklassenbeitrages garantiert ist. Die Einführung der Invalidenunterstützung bedingt eine Beitragserhöhung von 5 bis 20 Pf. Die Kommission schlägt vor, über die Invalidenunterstützung eine Urabstimmung vorzunehmen, und zwar im Laufe des Frühjahrs 1928.

Es folgt die Aussprache. Das Wort erhält zunächst **Freigang** (Berlin): Wir sind mit der Trennung des Beitrages grundsätzlich einverstanden. Aber die Mittel, die nach der Neuregelung den Lokalkassen zustieken, reichen nicht aus zur Bestreitung der notwendigen Ausgaben. Eine allgemeine Beitragserhöhung ist jetzt nicht durchführbar. Der Antrag muß dahin abgeändert werden, daß der Hauptklassenbeitrag nur einen Stundenlohn beträgt. Dann kommen die Lokalkassen zu einer annehmbaren Einnahme.

Geißner (Zwickau): Der Antrag des Vorstandes sollte abgelehnt werden. Er will auf Umwegen eine Beitragserhöhung durchführen. Ehrlicher wäre es zu sagen, der Beitrag wird um 10 Pf. erhöht. Der Vorschlag des Vorstandes würde, wenn er durchgeführt würde, zu einer Schädigung des Verbandes führen.

Lehmann (Gartba): Der Antrag des Vorstandes hat bei den Ortsverwaltungen überall Ablehnung erfahren. Der Anteil der Lokalkassen wird dadurch so gekürzt, daß die Verwaltungen ihr Tätigkeitsgebiet wesentlich einschränken müßten. Zweifelhaft kann es scheinen, ob die Einführung der Invalidenunterstützung zweckmäßig ist.

Tarnow vermißt eine Begründung der wiederholt geäußerten Behauptung, daß die vorgeschlagene Reform un-durchführbar sei. Die Vorlage bietet die Möglichkeit, den Beitrag in der jetzigen Höhe zu belassen und unter Umständen den Anteil der Lokalkasse noch zu steigern.

Mehlhofe (Nies): Die Haltung der Kollegen in der Vorberatungskommission ist nur dadurch zu erklären, daß sie aus großen Verwaltungsstellen kommen. Der Ausdruck der beiden Worte auf die Beitragsmarken wird zur Folge haben, daß die Mitglieder bestrebt sein werden, den Hauptklassenbeitrag möglichst hoch und den Lokalbeitrag niedrig-zuhalten. Darin liegt die Schädigung der Ortsverwaltungen.

Benze (Gösch): Die Vereinheitlichung des Beitrags bedeutet aber eine Kürzung des Lokalkassenanteils. Man könnte sich mit der Neuregelung abfinden, wenn in dem Beitrag ein Teil der Kosten der Invalidenunterstützung enthalten wäre. Die Lokalkassen machen jetzt vielfach Aufwendungen, die eigentlich zu Lasten der Haupt-kasse gehen müßten.

Kalz (Finstertal): Wir können die Beitragsregelung nicht durchführen. Sie würde die Agitation sehr erschweren. Wir sollten abwarten, bis die anderen Organisationen ihre Beschlüsse gefaßt haben, damit die Einführung der Neuordnung in allen Verbänden gleichzeitig erfolgt.

Mödel (Gera): Trotz aller Bemühungen war es mir nicht möglich, der Vorlage Gewinn abzugewinnen. Der Vorstand berücksichtigt nicht die psychologische Wirkung der Trennung des Beitrags. Die Mitglieder, die mit der Verwaltungsarbeit der Verwaltungsstellen nicht vertraut sind, können dann zu der Vermutung kommen, daß die Verwaltungskosten zu hoch seien. Damit wird unter den Mitgliedern eine Stimmung geschaffen, die uns die Agitation erschwert.

Fünfter Verhandlungstag

Freitag, 17. Juni

Die Anträge über das Beitragswesen wird fortgesetzt. **Doger** (Schmölln): Mit der vorgeschlagenen Teilung des Beitrags bin ich einverstanden. Dagegen kann ich der Festssetzung des Hauptklassenbeitrages auf 1/4 Stundenlohn nicht zustimmen. Das würde eine Erhöhung des Beitrages bedeuten, die wir den Mitgliedern besonders unserer Verwaltungsstellen, die ganz außerordentlich unter der Arbeitslosigkeit gelitten haben, nicht zumuten können. Ein Wochenbeitrag für die Hauptklasse in Höhe eines Stundenlohnes wäre anstrengend.

Schlüter (Dresden): Die Vorlage des Vorstandes bedarf unbedingt einer Beitragserhöhung, die man den Mitgliedern in dieser Zeit nicht zumuten sollte. Ich empfehle zu beschließen, daß der Beitrag vorläufig in der bisherigen Höhe weiter erhoben wird bis nach der Beschlußfassung über die Einführung der Invalidenunterstützung. Wird diese in der Urabstimmung angenommen, dann soll mit der

notwendigen Erhöhung des Beitrages auch die vorgeschlagene Beitragsregelung durchgeführt werden.

Tarnow: Dieser Vorschlag würde dazu führen, die Invalidenunterstützung ohne Beitragserhöhung durchzuführen. Das geht nicht. Die Einführung der Invalidenunterstützung hat zur Voraussetzung, daß erst die Beitragsregelung durchgeführt wird. Dann bedeutet die Zustimmung zur Einführung der Invalidenunterstützung zugleich die Vereitwilligkeit zur Leistung eines höheren Beitrages. Ein anderer Vorschlag will den Anteil der Hauptklasse auf einen Stundenlohn festsetzen. Das bedeutet nicht nur eine Kürzung des der Hauptklasse zustehenden Anteils, sondern wir würden uns auch auf die unterste Grenze des Beitrages begeben, den die AOB-Kommission vorseht. Die geäußerten Bedenken wegen der Durchführung der Vorschläge sind nicht begründet.

Wittig (Leipzig): Die Durchführung der Invalidenunterstützung ohne Beitragserhöhung ist praktisch unmöglich. Man darf sich nicht auf den Standpunkt stellen, daß bei der Neuregelung des Beitragswesens erst andere Verbände vorgegangen sein müssen. Was ist unseres Verbandes nicht würdig. Das den Lokalkassen zugemutete Opfer ist nicht so hoch, als daß man es nicht tragen könnte. Die Misere in vielen Lokalkassen rührt davon her, daß zu hohe Zuschüsse zur Arbeitslosenunterstützung gezahlt wurden. Wo die Mitgliederzahl stark zurückgegangen ist, die Erhaltung des Ortsbeamten aber als notwendig erachtet wird, da muß der Lokalbeitrag entsprechend erhöht werden. Die Vorschläge des Vorstandes sind durchführbar.

Dörfer (Fürth): Man hat sich hier so sehr für die Vereinheitlichung der Gewerkschaften erwärmt. Jetzt, wo ein erster Schritt nach dieser Richtung gemacht werden soll, da sträubt man sich. Es ist wohl zu verantworten, der Haupt-kasse größere Einnahmen zu sichern, die kommen doch den Mitgliedern wieder zugute. Gewiß bedeutet die Durchführung der Vorschläge des Vorstandes eine Belastung für die



Bied, der Führer der „Opposition“

Mitglieder, aber die muß man in den Kauf nehmen. Die Mitglieder sind gar nicht so beitragscheu. Wir zahlen in Fürth schon seit einiger Zeit 10 Pf. pro Woche mehr als in dem benachbarten Nürnberg. Dadurch sind uns keine Mitglieder abgesprungen. Der vorgeschlagene Schritt muß gemacht werden, und wir können es verantworten, daß unser Verband darin vorangeht.

Fuchs (Schönheide): Die äußerliche Trennung von Haupt- und Lokalkassenbeitrag dürfte eine ungünstige psychologische Wirkung auf die Mitglieder ausüben; wegen einer Beitragserhöhung selbst habe ich keine Befürchtungen. Da die Höhe der Unterstützung von der Höhe des Beitrages an die Hauptklasse abhängt, werden die Mitglieder nur schwer dazu zu bewegen sein, den Lokalbeitrag in der erforderlichen Höhe festzusetzen.

Diebler (Dresden): Die Beitragsreform soll der Hauptklasse höhere Mittel zuführen. Vor der Einführung der Invalidenversicherung muß die Beitragsfrage erledigt werden. Wenn die Einnahmen der Lokalkasse die Befoldung eines Angestellten nicht mehr gestatten, muß der Vorstand die Notwendigkeit der Erhaltung prüfen und erforderlichenfalls Zuschüsse leisten. Die Einwendungen, die von Berlin erhoben wurden, sind am wenigsten verständlich. Hier kann man im Hinblick auf die große Mitgliederzahl mit verhältnismäßig wenig Angestellten auskommen. Man wird aber die Zuschüsse zu den Unterstützungen nach den Einnahmen bemessen müssen. Bei den angestellten Berechnungen stützt man sich zu stark auf die Ergebnisse des Jahres 1926. Da waren aber die Verhältnisse am allerweitesten von der Norm entfernt. Erst wenn die Beitragsfrage entschieden und durchgeführt ist, kann über die Einführung der Invalidenunterstützung beschlossen werden.

Fischer (Rosenheim): Wir können der Trennung des Haupt- und Lokalkassenbeitrages gern zustimmen. Dadurch erfahren auch die Kollegen, was der Lokalkasse zustiekt. Die Hauptklasse gewinnt eine geringe Mehreinnahme durch die Aufstundung, aber das ist kein Unglück für die Verwaltungsstellen. Es ist richtig, der Hauptklasse 1/4 Stundenlohn als Beitrag zu gewähren.

Bannwolf: Der Vorschlag der Vorberatungskommission unterscheidet sich wesentlich von der Vorlage des Vorstandes. Das ist vielfach übersehen worden. Wichtig ist die von der Kommission vorgenommene Änderung, wonach zunächst die Neuregelung des Beitrages durchgeführt wird und dann erst an die Invalidenunterstützung herangetreten werden soll. Bei der Trennung des Beitrages werden sich die Ortsverwaltungen eingehender über die Beitragshöhe mit den Mitgliedern unterhalten müssen, aber das ist kein Unglück. Wo diese Auseinandersetzungen gescheit werden, da läßt das darauf schließen, daß man die Mitglieder bisher in diesen Dingen zu sehr im unklaren gelassen hat. Nach dem Vorschlag der Kommission soll die Bemessung des Hauptklassenanteils auf 1/4 Stundenlohn erst erfolgen, wenn die Invalidenunterstützung eingeführt wird. Was jetzt gefordert wird, ist der jetzige Beitrag, aufgerundet auf volle 10 Pfennig. Aus einer Unterhaltung mit Berliner Kollegen habe ich den Eindruck gewonnen, daß auch sie bereit sind, auf 7 1/2 Pf. pro Beitrag zugunsten der Hauptklasse zu verzichten. Des gleiche gilt für alle anderen großen Verwaltungsstellen. Wir wollen dem Vorstand mehr Mittel

zur Führung von Lohnkämpfen zuführen. Das Opfer wird vornehmlich von den großen Verwaltungsstellen gefordert. Bei einer notwendigen Reform in der Richtung auf die Vereinheitlichung der Gewerkschaftsvereinigungen dürfen wir nicht auf andere warten; es steht uns wohl an, voranzugehen.

Kellermann (Stuttgart): Bei den Vorschlägen der Kommission handelt es sich in erster Linie um eine Stärkung der Kampfkraft der Organisation, andererseits um eine Stärkung unserer Agitationskraft durch Einführung der Invalidenunterstützung. Wenn man für die Einheitsfront eintritt, dann muß man zunächst die Einrichtungen der Gewerkschaften vereinheitlichen. Mit der Trennung des Beitrages werden die Einnahmen der Hauptklasse gesteigert, hauptsächlich auf Kosten der großen Verwaltungsstellen, die dieses Opfer bringen wollen. Die Invalidenunterstützung kann nur durch eine Beitragserhöhung finanziert werden. Deshalb muß der Anteil der Hauptklasse auf 1/4 Stundenlohn festgesetzt werden.

Die Debatte wird geschlossen. Der Vorschlag des Vorstandes zur Änderung des § 12 wird in der von der Vorberatungskommission vorgelegten Fassung angenommen.

Pled (Berlin) gibt namens der „Opposition“ eine Erklärung ab, wonach sie gegen den Antrag gestimmt hat. Sie ist für eine Beitragserhöhung zum Zwecke der Stärkung der Kampfkraft des Verbandes, sie lehnt aber die Beitragserhöhung ab, die dazu bestimmt ist, die Invalidenunterstützung einzuführen.

Tarnow weist darauf hin, daß es sich hier um einen Irrtum handelt. Der gefaßte Beschluß gilt nur der Stärkung der Kampfkraft. Über die Invalidenunterstützung soll erst nachher verhandelt werden.

Man kommt nun zu den Vorschlägen, betreffend Invalidenunterstützung.

Bannwolf (Vorberatungskommission) weist darauf hin, daß auch die Invalidenunterstützung eine Waffe im Emanzipationskampf der Arbeiter ist. Mit ihrer Einführung stellen wir den alten Kämpfern eine Dankeschuld ab. Die Vorlage des Vorstandes wollte die Beitragserhöhung ab 1. Oktober 1927, die Auszahlung der Unterstützung ab 1. Januar 1928 einführen. Statt dessen hat sich die Vorberatungskommission im Einverständnis mit dem Vorstand auf den folgenden Vorschlag geeinigt:

Leitsätze für die Einführung einer Invalidenunterstützung.

1. Die Invalidenunterstützung darf nur mit einer entsprechenden Erhöhung der Beiträge eingeführt werden.
2. Die Beitragszuschläge sollen nicht gesondert, sondern mit im Hauptklassenbeitrag erhoben werden. Sie sollen gestaffelt sein nach der Verdienst- resp. Beitragshöhe.
3. Die Unterstützungsätze sollen im Verhältnis der geleisteten Beitragszuschläge bemessen werden.
4. Die Mitglieder sollen durch eine Urabstimmung im Frühjahr 1928 über die Einführung der Invalidenunterstützung und der dazu erforderlichen Beitragszuschläge entscheiden.
5. Die Vorlage für die Urabstimmung soll durch den Verbandsbeirat unter Hinzuziehung der Vorberatungskommission festgesetzt werden.

Die Beitragserhöhung ist gedacht bei einem Beitrag von 50 Pf. um 5 Pf., bei 60 bis 100 Pf. Beitrag 10 Pf., bei einem Beitrag bis 130 Pf. 15 Pf., bei höheren Beiträgen 20 Pf. Von der ursprünglich vorgesehenen Festsetzung bestimmter Unterstützungsätze soll abgesehen und die Unterstützungsätze beweglich gestaltet werden. Die für die Beitragssteigerung und die Unterstützungshöhe vorgesehenen Sätze stehen noch nicht fest, sie sollen vom Vorstand und Beirat noch beschlossen werden und dann zur Urabstimmung kommen. Die Vorberatungskommission schlägt vor, die Urabstimmung im nächsten Frühjahr vorzunehmen. Für den Fall der Annahme soll die Beitragserhöhung am 1. Juli 1928 in Kraft treten, mit der Auszahlung der Unterstützung wird am 1. Januar 1929 begonnen.

Gomolla (München): Der Vorschlag der Vorberatungskommission ist annehmbar. Daß die übergroße Mehrheit der Mitglieder für die Invalidenunterstützung ist, steht außer Zweifel. Bei zahlreichen Organisationen ist diese Unterstützung bereits eingeführt. Sie wird die Stabilisierung unseres Mitgliederstandes fördern. Die Stellung der „Opposition“ ist um so bemerkenswerter, als gerade ihre Anhänger am lautesten geschimpft haben, als wir die Auszahlung der Unterstützung seinerzeit einstellen mußten.

Freigang (Berlin): Auch in Berlin sind Wünsche nach Einführung einer Invalidenunterstützung wiederholt laut geworden. Man darf aber nicht übersehen, daß diese Einrichtung eine steigende Belastung der Verbandsstelle bringt. Wir stimmen also der Einführung der Invalidenunterstützung zu, vorausgesetzt, daß sie durch Urabstimmung beschlossen wird.

Lehmann (Gartba): Der Invalidenunterstützung ist grundsätzlich zuzustimmen. Eigenartig berührt es aber, daß die Vereinheitlichungskommission des AOB nicht die Invalidenunterstützung in den Kreis ihrer Beratungen gezogen und einheitliche Vorschläge für ihre Einführung gemacht hat. Man sollte deshalb die Lösung der Frage noch hinausschieben, bis etwas Einheitliches gemacht werden kann.

Schauder (Bielefeld): Die sozialen Unterstützungen haben nicht in erster Linie unsere Organisationen gestärkt. Eher sind sie geeignet, die Entwicklung zu hemmen. Man muß die „Volksfürsorge“ ausbauen. Die Einführung der Invalidenunterstützung trägt auch dazu bei, das Budget des Arbeiters zu belasten. Die Einführung der Unterstützung darf nicht als Auftriebsmittel für unsere Gewerkschaften gewertet werden.

Sennig (Berlin): Wir erblicken in dem Ausbau der sozialen Unterstützungen keine Stärkung unseres Kampferienals. Damit wird der Verband immer mehr zu einer Unterstützungseinrichtung, und der Klassenkampfgedanke wird

zurückgedrängt. Die soziale Unterstützung ist eine Aufgabe des Staates, dem wir diese Kosten nicht abnehmen dürfen.

Börfner (Hilflich): In unserer Verwaltungsgestaltung ist die Vorlage des Vorstandes abgelehnt worden, weil sie nicht weit genug geht.

Engel (Hamburg): Den eben vorgeschlagenen Weg werden wir nicht gehen können. Was würde einen so hohen Beitrag erfordern, daß daran die Sache scheitern müßte.

Wion (Neutlingen): Es ist notwendig, eine Einrichtung zu schaffen, die es ermöglicht, auch den alten, arbeitsunfähigen Kollegen eine Unterstützung zu gewähren.

Die Debatte wird geschlossen.

Larnow: Wegen dem Vorstand sind Vorwürfe erhoben worden, weil er eine Vorlage gebracht hat, die die Kampfkraft des Verbandes schwächt.

In der Abstimmung werden die Vorschläge der Vorberatungskommission zur Einführung der Invalidenunterstützung gegen wenige Stimmen angenommen.

Bericht der Beschwerdekommision.

Spill (Danzig) als Berichterstatter trägt den Inhalt der vorliegenden acht Beschwerden vor.

Das Arbeitsrecht und die Arbeiterbewegung.

Prof. Dr. Sinzheimer hält ein sehr instruktives Referat, das mit großem Beifall aufgenommen wird.

Der DGB in Verbindung mit den Arbeiterparteien hat sich mit allen zweckmäßigen Mitteln für den Ausbau der Rechte der Betriebsräte und deren gesetzlichen Schutz einzusetzen.

Rundmehr wird die Aussprache über den Bericht der Beschwerdekommision fortgesetzt.

Nach dem Vorschlag der Vorberatungskommission wird beschlossen, die Pläne für die Verhandlungsdelegationen auf 18 Mk. pro Tag und 8 Mk. für Übernachtungen festzusetzen.

Es folgt die Wahl des Vorstandes.

Da kein Widerspruch erhoben wird, erfolgt die Wahl durch Akklamation.

Dem Vorschlag der Berliner Verwaltung entsprechend werden als Vertreter in den Vorstand gewählt:

Auf Vorschlag der Verwaltungsstelle Stuttgart werden als Mitglieder des Verbandsausschusses gewählt:

Entsprechend den Vorschlägen der Gautage setzt sich der Verbandsrat aus folgenden Gauvertretern zusammen:

Rundmehr folgt die Fortsetzung der Statutenberatung.

Zu § 5: Arbeitslose oder Kranke können erst aufgenommen werden, wenn sie wieder in Arbeit getreten sind.

Zu § 6, Abs. 1: Das Beitragsgehalt beträgt für männliche Mitglieder 1 Mk., für weibliche und jugendliche Mitglieder 50 Pf., für Lehrlinge 10 Pf.

Abs. 2: Ersatzlicher und Ersatzarten für verlorengegangene und unbrauchbar gewordene sind mit 1 Mk. zu bezahlen.

Zu § 13: Abs. 1 und 2 sind zu streichen. Abs. 3: Die Sozialkassenbeiträge dürfen von den Verwaltungsstellen nur für die im § 107 bezeichneten Zwecke oder für Zuschüsse zur Streitunterstützung verwendet werden.

Verwaltungsstellen, die Jugendabteilungen unterhalten, sind berechtigt, im Einvernehmen mit dem Vorstand zum Lehrlingsbeitrag einen Sozialzuschlag von 5 Pf. zu erheben.

Zu § 14: Dem Paragraphen, der die Beitragsfreiheit der Mitglieder behandelt, wird angefügt: Die Beitragsfreiheit besteht auch während der Dauer von Streik oder Aussperrung.

Dem § 15 wird der folgende Abs. 3 angefügt: Die Verwaltungsstellen können nach eingeholter Genehmigung des Vorstandes von den nach § 14 beitragsfreien Mitgliedern und von den Ausgesteuerten einen wöchentlichen Beitrag bis zu 10 Pf. erheben zur Bestreitung von lokalen Ausgaben.

Zu § 20, Abs. 1: Die Gesamtunterstützung beträgt in jeder Beitragsstufe und Beitragsklasse das zehnfache der Wochenunterstützung eines Arbeitslosen.

Zu § 29: Abs. 2 erhält folgende Fassung: Die Arbeitslosenunterstützung beträgt pro Woche nach einer Mitgliedschaftsdauer von:

Table with 5 columns: Beitrag Pf., 52, 156, 260, 520. Rows show contribution amounts for different membership durations.

Sechster Verhandlungstag.

Sonnabend, 18. Juni.

Die Beratung des Statuts wird fortgesetzt.

Zu § 29, Abs. 4: Mitgliedern, die mindestens 78 Lehrlingsbeiträge und 26 Vollbeiträge geleistet haben, kann die Arbeitslosenunterstützung nach der niedrigsten Beitragsklasse gewährt werden.

Mit Zustimmung dieses Klammers ist am 26. Monatsbeleg vorzulegen.

Zu § 51: Die Unterstützung bei Streiks und Aussperrungen beträgt wöchentlich nach einer Mitgliedschaftsdauer und Beitragsleistung von:

Table with 6 columns: Beitrag Pf., 26, 52, 156, 260, 520. Rows show support amounts for different membership durations.

Der Kinderzuschlag beträgt: von 30 bis einschl. 40 Pf. Beitrag 60 Pf.

In besonderen Fällen kann der Vorstand den Mitgliedern mit 13wöchiger Mitgliedschaft eine Unterstützung in Höhe von zwei Drittel derjenigen Unterstützung gewähren, die bei 26wöchiger Mitgliedschaft gezahlt wird.

Männlichen Mitgliedern, die bis vier Wochen nach beendeter Lehrzeit dem Verband beigetreten sind, ebenso Mitgliedern unter 18 Jahren kann bei Streiks und Aussperrungen ohne Erfüllung einer Wartezeit eine Unterstützung nach den Bestimmungen des Absatzes 5 gewährt werden.

Zu § 57, Abs. 3: Mitgliedern, die mindestens 78 Lehrlingsbeiträge und 26 Vollbeiträge geleistet haben, kann die Krankenunterstützung nach der niedrigsten Beitragsklasse gewährt werden.

Dem § 70, der die Gemahregeltenunterstützung regelt, wird folgender Absatz angefügt:

Neben dem Bezüge von staatlicher Arbeitslosenunterstützung kann eine Unterstützung nur nach § 29 (Arbeitslosenunterstützung) gewährt werden.

Zu § 78: Die Sterbeunterstützung beträgt nach einer Mitgliedschaftsdauer und Beitragsleistung von:

Table with 4 columns: Beitrag Pf., 156, 260, 520. Rows show death support amounts for different membership durations.

Zu § 80: Die Umzugsunterstützung beträgt nach einer Mitgliedschaftsdauer und Beitragsleistung von:

Table with 5 columns: Beitrag Pf., 52, 156, 260, 520. Rows show moving support amounts for different membership durations.

Der § 103 erhält folgende Fassung:

1. Die Neuwahl der Ortsverwaltung und der Revisoren findet im Monat Januar jedes Jahres statt.

2. Lehrlinge sowie Jugendliche unter 18 Jahren, sofern sie dem Verband nicht schon zwei Jahre angehören, haben nur innerhalb der Jugendabteilung Stimmrecht.

3. In den Wahlen zu den Körperschaften des Verbandes können nur Mitglieder teilnehmen, die mindestens zehn Wochen dem Verband angehören und für diese Zeit Beiträge entrichtet haben.

Zu § 107: Zur Bestreitung der Ausgaben der Ortsverwaltung, insbesondere der unter § 3b und c angegebenen, sowie zur Deckung der für regelmäßige Verbreitung des Verbandsorgans entstehenden Ausgaben und der Kosten örtlicher Sitzungen und Verhandlungen bei Lohn- und Tarifbewegungen usw. dient der Sozialbeitrag.

Zu § 108: „Die zu den Ausgaben am Orte nicht benötigten Hauptkassengelder müssen regelmäßig, mindestens aber allmonatlich, an die Hauptkasse eingeleitet werden.“
 Vierteljährlich hat jede Verwaltungsstelle spätestens bis zum 15. des Monats nach Vierteljahresabschluss über Einnahmen und Ausgaben der Haupt- und Lokalkasse eine von den örtlichen Revisoren geprüfte Abrechnung an die Hauptkasse zu liefern.“

Zu § 112 wird beschlossen, daß das System der Weisiger im Bauvorstand aufzuheben ist.

Beschlossen wird, daß die Änderung der Statuten am 1. Oktober 1927 in Kraft tritt, die neuen Unterstützungsfähigkeiten am 1. Januar 1928 in Kraft.

Ein Antrag der Weisiger im Bauvorstand, der den § 129 dahin abgeändert wissen will, daß alle (bisher 3) Weisiger auf dem Verbandstag anwesend sein sollen, wird nach einer lebhaften Aussprache abgelehnt.

Damit ist die Statutenberatung beendet. Nimmehr be- gründet

R a y s e r folgende Entschliessung:

Der 15. Verbandstag des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes bekräftigt es, daß in dem § 6 des Entwurfs eines Arbeitsschutzgesetzes der Gedanke eines Maschinenschutzgesetzes wieder aufgenommen wurde. Er betrachtet diesen Entwurf als eine brauchbare Grundlage für die Beratung der gesetzgebenden Faktoren, ohne sich jedoch mit den Einzelheiten einverstanden zu erklären.

Der Verbandstag fordert insbesondere die gesetzliche Sicherstellung eines maßgebenden Einflusses der Vertreter der Gewerkschaften in den Körpern der Reichsarbeitsminister beim Erlass der Verordnung auf Grund dieses Gesetzes zur Seite gestellt werden. Er fordert einen gründlichen Ausbau der Gewerbeinspektion und ihrer Vollzugsgewalt und eine weit häufigere Revision der Betriebe. Zur Mitwirkung bei den Revisionen sind aus der Arbeiterschaft hervorgegangene Beamte, die auf eine längere praktische Erfahrung zurückblicken, in ausreichender Zahl heranzuziehen.

Der Verbandstag fordert eine völlige Umgestaltung der Unfallberufsgenossenschaften. In ihrer heutigen Gestalt sind die Träger der reichsgesetzlichen Unfallversicherung reine Unternehmerorganisationen. Der Verbandstag verlangt, daß an ihre Stelle Körperschaften gesetzt werden, in denen die Versicherten den maßgebenden Einfluß ausüben.

Neben den Unfallgefahren, deren nachdrücklichste Bekämpfung gefordert wird, und den allgemeinen Gesundheitschädigungen, denen die Arbeiter durch ihre Beschäftigung in unhygienischen Räumen ausgesetzt sind, sind gewisse Gruppen von Holzarbeitern von bestimmten speziellen Gefahren bedroht.

Der Verbandstag lenkt die Aufmerksamkeit auf die Vergiftungserscheinungen, die sich in zahlreichen Fällen bei Arbeitern gezeigt haben, die gewisse Holzarten verarbeiten. Häufig handelt es sich dabei um ernste und nachhaltige Gesundheitschädigungen. In manchen Zweigen der Holzindustrie hat als Vollendungsarbeit das Spritzverfahren bereits größere Bedeutung gewonnen, und es bürgert sich immer mehr ein. Bei den hierbei beschäftigten Personen ist des öfteren unter Einwirkung der verarbeiteten Präparate das Auftreten böswilliger Ekzeme beobachtet worden. Durch das Einatmen der diesen Präparaten entstehenden Dünste verursachte Vergiftungserscheinungen sind nicht nur bei den mit diesen Arbeiten direkt beschäftigten Personen, sondern auch bei andern Arbeitern der betreffenden Betriebe beobachtet worden.

Der Verbandstag fordert den Erlass zwingender Vorschriften zur Verhütung der Gefahren. Daneben fordert der Verbandstag die Einreichung der Er-

krankungen infolge der Verarbeitung giftigen Holzes so wie der durch das Spritzverfahren hervorgerufenen Gesundheitschädigungen in das Verzeichnis der Berufskrankheiten, die nach der Verordnung vom 12. Mai 1925 den Unfällen gleichgeachtet werden.

An alle Arbeiter der Holzindustrie richtet der Verbandstag die dringende Mahnung, stets der Tatsache eingedenk zu sein, daß die Gesundheit ihr höchstes Gut ist. Die Leistungen der Unfallversicherung sind auch im günstigsten Fall nur ein ganz unzureichender Ersatz für die Einbuße an Erwerbsfähigkeit. Deshalb ist es jeder Holzarbeiter sich selbst und seiner Familie schuldig, alles zu tun, den Unfallgefahren entgegenzuwirken, die geltenden Unfallvorschriften peinlich zu beachten und sonstige Gesundheitschädigungen nach Möglichkeit zu verhüten.

Die Entschliessung findet einstimmige Annahme. Von den Anträgen zur Jugend- und Lehrlingsbewegung werden die angenommen, die einen wirksamen Jugendbeschäftigung und sich gegen die Lehrlingszüchterei wenden. Angenommen werden ferner u. a. noch folgende Anträge:

„Die Diplome für 25jährige Mitgliedschaft sind in Zukunft vom Hauptvorstand wieder unentgeltlich zu liefern.“

„Der Verbandstag spricht allen proletarischen Kämpfern, die wegen ihrer politischen Gesinnung und sozialer Betätigung hinter Kerkermauern schmachten, seine warmste Sympathie aus und ruft die gesamte Arbeiterschaft auf, sich energig gegen das Wüten der Klassenjustiz zu wenden und nichts unversucht zu lassen, um die Opfer des proletarischen Klassenkampfes aus den Fängen der Reaktion zu befreien.“

Der Verbandstag verurteilt ebenso die Gewaltmaßnahmen der russischen Sowjetregierung gegen nichtkommunistische Arbeiter. Er bekundet besonders allen russischen Proletariern, die aus politischen Gründen hinter Kerkermauern und in der Verbannung schmachten, warmste Sympathie.“

Abgelehnt wird folgender Antrag: „Alle ausgeschlossenen Kollegen werden, soweit der Ausschluß nicht wegen Streikbruchs, Unterschlagung, Denunziation oder anderer ehrlosen Handlungen erfolgt ist, mit ihren alten Rechten wieder aufgenommen.“
 „Bannwolf als Berichtersteller bemerkt dazu, daß in den letzten zwei Jahren 65 Mitglieder auf Grund der Verbandsratsbeschlüsse ausgeschlossen worden sind, davon sind 24 bereits wieder aufgenommen worden.“

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Im Namen der ausländischen Gäste richtet Kollege Truelien vom Dänischen Tischler-Verband ein kurzes Abschiedswort an den Verbandstag. Truelien, langjähriger Bevollmächtigter der Verwaltungsstelle Hadersleben, die durch den Weltkrieg an Dänemark abgetreten werden mußte, bemerkt, daß er und seine Kollegen, trotz der Erleichterungen beim Übertritt zum Dänischen Tischler-Verband, Sehnsucht nach dem alten Verband haben. Jetzt aber gelte es, mit allen Kräften in der neuen Organisation zu arbeiten, das liege auch im Interesse der deutschen Holzarbeiter und der ganzen Internationale.

T a r n o w dankt zunächst den auswärtigen Gästen für ihr Erscheinen auf dem Verbandstage, wodurch am deutlichsten die internationale Brüderlichkeit bekundet wird, die uns mit den ausländischen Verbänden verbindet. Mit dem Dank an das Frankfurter Lokalkomitee verbindet er auch einen Dank an die Verwaltung der Stadt Frankfurt. Der Magistrat habe den erweiterten Verbandsbeirat im Laufe der Woche zu einem öffentlichen Empfang in „Häuser“ eingeladen gehabt. Dieser Einladung sei gern Folge geleistet worden in dem Gefühl, daß an dieser historischen Stätte, wo Jahrhunderte hindurch die ersten Vertreter der öffentlichen Macht im alten Deutschland sich zu versammeln pflegten, die Vertretung eines Gewerkschaftsverbandes am richtigen Platz stehe. Heute sind wir es, die eine öffentliche Macht darstellen und nach weiterem Einfluß im öffentlichen Leben streben.

Daß die Gewerkschaftsarbeit nicht nur engbegrenzte Lohnbewegung, sondern auch öffentliches Machttreiben sein müsse, darin war sich der Verbandstag bei den verschiedensten Punkten der Tagesordnung vollkommen einig. Wir haben zwar eine „grundfällige Opposition“ gehabt, die über die Methoden zur Erringung öffentlicher Macht glaubte, anderer Meinung Ausdruck geben zu müssen. Aber diese Opposition hat, verglichen mit früher, doch schon offen-

sichtlich an Schärfe verloren, und wo wir uns über rein gewerkschaftliche Fragen unterhalten haben, war ein Gegen- satz kaum noch zu verspüren. Es ist nur noch die Tatsache der Spaltung in der politischen Arbeiterbewegung, die auch hier die Gegensätze schafft. Bei der Eröffnung des Ver- bandstages konnte darauf hingewiesen werden, daß ein Friede in der Holzarbeiterbewegung vor mehr als fünfzig Jahren in dieser Stadt schon einmal hergestellt worden ist. Diese Erinnerung läßt uns hoffen, daß auch in der deutschen Arbeiterbewegung die volle Einheit einmal wiederher- gestellt sein wird. (Wied.: Sehr wahr!)

Daß mit der Gewerkschaftsarbeit das Eindringen in den Staat, in die Wirtschaft, auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, wo immer nur Möglichkeiten sich zeigen, untrenn- bar verbunden ist, diese Auffassung ist vom Verbandstag mit überwältigender Mehrheit immer wieder bestätigt worden. Das kam auch hier stark zum Ausdruck in den beiden hervorragenden Referaten, die wir gehört haben. Professor R ö t t i n g hat uns aufgezeigt einmal die Tat- sache, daß der Lohn nicht mehr allein durch Gewerkschafts- kampfbildung wird, sondern daß er immer mehr auch ein politisches Faktum wird. Und andererseits hat er überzeugend nachgewiesen, daß die ökonomischen Voraussetzungen für eine weit bessere Lebenshaltung der breiten Massen vor- handen sind. Es ist unsere Aufgabe, sie durch einen gewerkschaftlichen wie politischen Lohnkampf zu erschließen. Das Referat von S i n z h e i m e r hat plastisch dargestellt, wie die Arbeiterbewegung auf ihrem Marsche schon innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung das öffentliche Recht weitgehend umgestaltet hat. Aber verglichen mit dem, was am Anfang der Bewegung war, wäre es unmöglich, den Fortschritt zu übersehen.

Neben den großen weltanschaulichen Fragen, die wir besprochen haben, ist auch die praktische Kleinarbeit nicht zu kurz gekommen. Wir haben eine ganze Reihe von An- derungen an unseren Organisationseinrichtungen beschlossen und andere in Aussicht genommen, die für den Verband viel bedeutsamer sind, als der Außenstehende erkennen kann. Für die Beitragsreform und was damit zusammenhängt hat mancher Delegierte vielleicht mehr als Disziplin als aus Überzeugung heraus gestimmt, daß diese Änderung jahrzehnte- langer Tradition für unseren Verband notwendig sei. Wir glauben aber damit die Vereinheitlichung in den Einrich- tungen der gesamten Gewerkschaftsbewegung gefördert zu haben, und dadurch schaffen wir uns auch den Anspruch, von den anderen Verbänden das gleiche fordern zu können. Wir werden nun sehen, wie sich unsere Beschlüsse in der Praxis auswirken werden. Der Vorstand jedenfalls ist fest davon überzeugt, daß sie sich nicht anders auswirken können als zum Nutzen und zum weiteren Fortschritt unserer Or- ganisation. Diese Überzeugung ist sicher auch bei allen Dele- gierten vorhanden. Daß hinter uns eine Periode vorüber- gehenden Rückschritts infolge der schweren Wirtschaftskrise liegt, das hat auch nicht zu einer Spur von Entmutigung auf dem Verbandstag geführt. Wir sind schon tüchtig dabei, den Verlust zu überwinden, und es geht schon wieder auf- wärts und vorwärts.

Zu den vielen freundlichen Erinnerungen, die die Delegierten von Frankfurt mit nach Hause nehmen, wird sicher auch das Straßenbild dieser Stadt gehören. Wir haben gesehen, daß, wenn die Stadt Frankfurt und ihre Bevölle- rung aus irgendeinem Grunde die Flagge zeigt, nichts mehr zu sehen ist von den Farben des alten Staates, sondern daß es die Farben der demokratischen Republik sind, die überall an den Fahnenstangen flattern. Diese Farben sehen wir auch in diesem Saale, und daß wir sie zeigen, heißt: Wir ver- teidigen die demokratische Republik auch als Gewerkschaft gegen jeden Versuch, die Geschichte rückwärtsdrehen zu wollen. Aber unsere Rednertribüne ist drapiert mit den roten Farben der sozialen Republik. Wir vergessen nicht, daß der demokratische Staat zwar ein ungeheurer Fort- schritt, aber doch nur erst eine Etappe ist auf dem Wege zum sozialen Staat. In der Gegenwart auf allen Gebieten ar- beitend für eine bessere, sozialere Zukunft, das ist die Lösung, die unser Verbandstag aufs neue herausgibt. In diesem Sinne und im Vertrauen auf den sicheren Aufstieg unserer Organisation schließen wir mit einem Hoch auf den Deutschen Holzarbeiter-Verband!

Der Verbandstag stimmt begeistert in das Hoch ein. Hierauf wird der Verbandstag geschlossen.

Die Bilder in dieser Nummer sind von S. Scheil (Frankfurt a. M.) gezeichnet

Bau- u. Möbelschleifer
 junge, tüchtige, preiswert, Arbeit
 Thier, Reichstein & Königstein a. E.
Tüchtige Bauhelfer,
 tüchtige Arbeiter, untergebracht, meist
 sofort im Georg Meyer,
 Silberndorfheim (Hörsing).
 Einige nachweislich tüchtige
Decker und Maler
 für Gipsarbeiten, Kellerräume,
 Silberndorfheim (Hörsing).
 Suche für sofort einen tüchtigen
Glasergefellen
 Glasmacher, Banglitz
 E. Hoff, Seb. Zierstein i. Sa.

Bau- u. Möbelschleifer,
 junger Arbeiter, 23 Jahre, perfekt in
 Zeichnungsarbeit, noch in Arbeit,
 sucht sofort nach auswärts Stellung.
 Angebote unter „1000 S“ an Holz-
 arbeiter-Verb., Leipzig, Zeigerstr. 22.
Verbandsmitglieder! Schließt
nur Versicherungen ab bei der
Volksfürsorge
 Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche
 Versicherungs-Aktionsgesellschaft
Hamburg 5.

Tonführungen
 für Musikapparate zu 4.50, 7.—
 und 8.— Mk., sowie sämtl. Zubehör.
 Reich 6. Köpfer, Überdörfling (Wartb.).

Schleifmaschine
 mit verbesserter Schlitzenführung
 und Einspannvorrichtung, geräuschlos,
 Zahnrad, Reklamepr. 3 St. 38 Mk.,
 einsch. Verpackung, frei jed. Station.
Max Walther, Dresden 22.

Engl. Bildhauer-Werkzeuge
 Verlangen Sie sofort neue Preise.
 Tischler-Werkzeug-Neuheiten.
Otto Bergmann,
 Berlin-Lichterfeld-West.

Tischlerschule
 Blankenburg am Harz
 Auszubildende als Meister, Techniker u.
 Innenarchitekt. Programm geg. Rückp.

Hobelbänke,
 12 Qualität, süddeutsche Ausfüh-
 rung, Blatt u. Gestell ged. trock.
 Buchenholz, 200 cm Blattlänge,
 mit Stahlschneideln, zum Reklame-
 preis von 95 Mk. mit Verpackung
 frei jeder Station. Abbildungen
 gratis. Werkzeugprospekte gegen
 20 Pf. Briefmarken. Max Walther,
 Dresden 22, Rebefelder Strasse 53.

Der beste Putzhobel
 mit stets kleinem Maul u. nachstellbarem Reil.
 Gebrauchsfertig unter Garantie.
 Ohne Nachholholz ... 7.50 Mk. franco
 Mit echter Nachholholz 10.50 Mk. Nachh.
 Sämtliche Tischlerwerkzeuge erstklassig, preiswert.
 Prompte Lieferung. Preisliste gratis.
M. Messinger, Werkzeugfabrik, Nürnberg.

Hobelbänke
 12 Qualität, Bitt, beste ged. Roth.
 Eisensp., sämtl. Größ. 2 m lg., 75 Mk.
 Karl Ramisch, Pirna, Gartenstr. 4.

SCHLIEBENER
Vorbildliche Vorlagen
Herrenzimmer- und
Esszimmermöbel
 je 6 verschiedene Muster, ins-
 gesamt 70 Einzelformen mit Grund- und
 Seitenschnitten im Maßstab 1:10. — Detail-
 schnitte in halber natürlicher Größe
Preis 10 Mk. 40 Tafeln in schöner solider Mappe.
 Bezugspreis für Verbandsmitglieder, jedoch nur
 beim Bezug durch die Verwaltungsstelle, 7 Mark
 Vorlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes,
 G. m. b. H. — Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2

Wir empfehlen:
Die Bildhanerei
 1927. Heft 2
 Preis 3 Mark. Bezugspreis für die
 Mitglieder unseres Verbandes 2 Mk.
 Die Heft 3, 5 und 7 sowie Heft 1, 1927
 sind zu gleichen Bedingungen lieferbar!
 Bezugsanstalt
 des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H.,
 Berlin SO 16, Am Kölln. Park 2.

FRITZ KRÖSS
Der
Geländerbauer
 Ein Handbuch für die
 Praxis zur Herstellung
 der Geländer aus Holz,
 unter besonderer Be-
 zugsichtigung der Aus-
 tragung der Geländer-
 trümmel.
 Mit 224 Abbildungen.
Preis: 4 Mark
 Bezugsanstalt des Deutschen
 Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H.,
 Berlin SO 16, Am Kölln. Park 2

**Ein erst-
klassiges
Vorlagen-
werk**
so lauten
die Urteile
der Fachleute
von Rang